

Bezugspreis:
Stückpreis 12,50 M., monatl. 4,20 M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postbezug: Monatlich 4,20 M., erst
Anstellungsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostereich-Ungarn
7,75 M., für das übrige Ausland
12.— M., bei halbjähr. Anstellung
10.— M. + Saluta-Rückschlag.
Postbestellungen nehmen an Dänemark,
Holland, Luxemburg, Schweden und
die Schweiz, Eingetragene in die Post-
Anzeiger-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komparatabelle
lohnt 2.— M., Trennungsaufschlag 60 %.
„Kleine Anzeigen“. Das
gedruckte Wort 70 Pf., zusätzlich
jeweils 20 Pf. für jede Zeile, jedes
Wort 50 Pf. für die erste Zeile und
Schlusszeile, jedes weitere Wort 40 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Trennungsaufschlag 60 %.
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Berichte, Anzeigen
2.— M. Die Stelle ohne Aufschlag
Anzeigen für die n. d. d. P. Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Kontingentsbüro, Berlin SW 68, Einbe-
trag 3, abgegeben werden. Sonntags
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 23. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Krieg Englands im Kaukasus.

Georg, die Gouvernante.

Georg Davidsohn fühlt sich anheimend zur internationalen Gouvernante der führenden Sozialdemokraten aller Länder berufen. Kaum hat er die führenden deutschen Genossen durch die Affäre Elarz, — die für unsere Partei mehr eine Affäre Boumeister-Davidsohn sein sollte — „erledigt“, verlegt er in der „Berliner Volkszeitung“ den Schauplatz seiner „Enthüllertätigkeit“ nach Holland und zieht den Kreis der total forumpirierten Sozialisten diesmal etwas weiter. Nützlich auch, Sozialisten aller Länder, der unerbittliche Georg Davidsohn wacht über euer Wohlverhalten und zuckt euch fürchterlich an den Ohren, wenn ihr mit „Kindern spielt, die nicht zu euch passen“.

Georg Davidsohn gleicht einer Gouvernante, die ihre Schützlinge in Grund und Boden pedoniert und, wenn sie von ernsthaften Leuten zur Rede gestellt wird, lächelnd ihre Brille zurechtückt und sagt, daß sie natürlich nur aus erzieherischen Gründen zu den Kindern so spricht, in Wirklichkeit aber von ihrer Annschuld völlig überzeugt ist. Anders kann sich Davidsohn vor dem Untersuchungsausschuß der Partei kaum benommen haben, sonst hätte dieser nicht die Erklärung abgegeben können, daß die vernommenen Personen — darunter auch Davidsohn — verhaftet haben, daß sie von der persönlichen Ehrenhaftigkeit der im Zusammenhang mit der Unterschlagungsaffäre Sonnenfeld genannten Parteigenossen überzeugt seien. Das wichtigste Ergebnis der Untersuchungen des Parteiaussschusses ist aber die Feststellung, daß die Vernommenen erklären mußten, aus Eigenem nichts zu wissen, und daß letzten Endes alle Beschuldigungen auf den „kleinen Dieb Sonnenfeld“ — wie ihn Davidsohn nennt — zurückzuführen sind.

Der „Kleine Dieb“ hat einen Millionenbetrag unterschlagen, ist damit nach Holland geflüchtet und beabsichtigt dort aus deutsche Parteigenossen in der schwersten Weise. Eine so schöne Gelegenheit, erzieherisch zu wirken, kann sich eine tüchtige Gouvernante natürlich nicht entgehen lassen. Darum greift Georg Davidsohn ein und gibt der Geschichte durch seinen Namen erst Bedeutung und Relief.

Wenn man einer Sache die rechte Aufmerksamkeit gibt, läßt sich immer etwas daraus machen. Eine Gouvernante hat ein heroisches Talent, geheimnisvolle Andeutungen zu machen, wobei „soll“ und „sei“ sehr nützlich sind. Wenn dann noch verlangt wird, daß in einer Nachforschung alles untersucht wird, weil sonst möglicherweise Affären und — Zeugen verdrängen könnten, dann macht selbst die harmloseste Sache schon Eindruck.

Georg Davidsohn weiß zwar, daß der „Junge“ und Ankläger ein „kleiner Dieb“ ist und in Holland im Gefängnis sitzt — aber eine so schöne Gelegenheit, sich wichtig zu machen, kann sich eine richtiggehende Gouvernante doch nicht entgehen lassen. Man kennt alle Sachen nur vom Hörensagen und ist überzeugt, daß gerade die Personen, um die man so besorgt ist, durchaus ehrenhaft sind, aber man macht einen Skandal, letzten Endes wegen der Gouvernanteinteilheit.

Politische Wirkung und Schaden für die eigene Partei...? Eine richtiggehende Gouvernante denkt nur an die „erzieherische Wirkung“, und wenn die Kinder genügend eingetüchtelt zu haben, läßt sie seelenruhig ihre Brille wieder auf die Nase gleiten und fährt befreit fort in der Deklamation der Verben auf „oir“. Wenn Direktor und Lehrerkollegium in hochnotpeinlichem Verfahren die Haltlosigkeit der Beschuldigungen festgestellt haben, wird vor Beginn der nächsten Geographiestunde gejagt, daß glücklicherweise usw. die Sache sich geklärt habe, daß aber immerhin...

Eine richtiggehende Gouvernante kümmert sich aber auch um Kinder aus fremden Klassen. Georg Davidsohn war acht Tage in Holland — Abstinenzporträge, bitte! — und hat sofort einen neuen Skandal „entdeckt“, d. h. er macht ihn eben, obwohl er aus Eigenem wiederum nichts weiß. Der „Berliner Volkszeitung“ hat er einen ellenlangen Brief darüber geschrieben, was er auf seiner Abstinenzreise über einen holländischen Genossen Bar mat gehört hat. Holländische Genossen haben Davidsohn versichert, daß sie gegen Bar mat nichtwörtlich sind. Bar mat soll sehr reich sein, Lebensmittellieferungen an Deutschland gemacht haben, holländische Kapitalisten sollen vor dem sozialdemokratischen Geschäftsmann Bar mat gewarnt haben und — was das Verdächtigste ist — der Mann macht Geschäfte mit Deutschland, „soll“ sogar im Besitz eines Schreibens der Kanzlei des Reichspräsidenten sein. In eine so verdächtige Sache muß Georg, die Gouvernante, natürlich seine Nase stecken. Um vieles verdächtiger ist dieser Bar mat vor allem deshalb, weil er für Parteizwecke — für die Internationale sowie für die holländische Partei — Geld ziemlich locker sitzen hat. Wer so etwas macht, der ist nach unserer Gouvernante dringend verdächtig, ein Lump zu sein, der die Partei forumpiriert.

200 000 Mann gegen Sowjetrußland.

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ melden „Central News“, daß der Oberste Rat beschlossen habe, eine Truppenmacht von 200 000 Mann nach dem Kaukasus zur Bekämpfung der Bolschewisten zu entsenden.

Zwei in englischer Sprache in Paris erscheinende Blätter brachten die Nachricht, England werde größere Truppenkontingente nach Kaukasien schicken, um das Uebergreifen des Bolschewismus auf Armenien, Persien, die Türkei, Mesopotamien und Indien zu verhindern. Die französische Regierung werde deshalb genötigt sein, stärkere Truppenbestände nach den der Volksabstimmung unterworfenen deutschen Gebieten zu entsenden, um die englischen Truppen abzulösen.

Der „Tempo“ glaubt sich berechtigt, zu erklären, es handele sich hier nur um einige Bataillone und einige Instruktionen, die England mit Kriegsmaterial nach Kaukasien, dessen Unabhängigkeit die Entente anerkannt habe, zu senden gedanke. Die dadurch notwendig werdende Abänderung bei der Zusammenstellung der Besatzungstruppen für die Volksabstimmungsgebiete werde keine größere Ausdehnung annehmen.

Abgesehen scheint man auch von Italien verlangt zu haben, daß es mehr Truppen für die Abstimmungsgebiete stelle, als ursprünglich vorgesehen waren. Ministerpräsident Ritti soll jedoch erklärt haben, daß er ein derartiges Versprechen nicht geben könne, ohne die Regierung in Rom befragt zu haben.

Amerika kann nicht ratifizieren.

Wie der „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, erklären einflussreiche amerikanische Senatoren, daß sie alle Hoffnung, daß der Friedensvertrag in dieser Sitzung ratifiziert wird, aufgegeben haben. Es besteht keine Aussicht, in diesem Punkte Übereinstimmung zu erzielen. Die Hauptschwierigkeit scheint die Stimmenzahl Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Völkerbund zu bilden. Man beabsichtigt in einer Erklärung darzulegen, daß die Demokraten und Republikaner keine Hoffnung mehr auf eine Ratifizierung des Friedensvertrages haben und ihn zur Streitfrage in den Präsidentschaftswahlen machen wollen.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

Die Arbeitszeit im englischen Bergbau wird in den Kreisen der Bergarbeiter jetzt als ein Vergleich herangezogen zu der Arbeitszeit im deutschen Bergbau. Dabei wird allerdings in der Regel schon mit der Arbeitszeit als einer gegebenen Tatsache gerechnet, deren Einführung die englischen Arbeiter erst vom Januar 1921 unter gewissen Voraussetzungen anstreben. Zurzeit arbeiten die englischen Bergleute dreiviertel Stunden länger als die deutschen. Der englische Bergmann ist 7 1/2 Stunden unter Tage, der Ruhrbergmann nach den zurzeit geltenden Bestimmungen 7 Stunden. Von Anfang des Jahres 1921 ab will die englische Bergarbeiterschaft die Sechsstundenschicht eingeführt wissen, vorausgesetzt, daß die internationale Wirtschaftslage es gestattet. Die Engländer nehmen in Aussicht, daß die Kohlenförderzeit vom Jahre 1921 ab sechs Stunden betragen soll. Die Personenbeförderung ist also nicht in die Schichtzeit einbezogen. Bei den englischen Förderverhältnissen dauert die Personenbeförderung (d. h. der eine Weg) im Durchschnitt je Schicht rund 1/2 Stunden. Danach würde also, wenn wirklich vom Jahre 1921 ab die Schichtverlängerung im englischen Bergbau Platz greifen sollte, der englische Bergmann bei der gleichen Reihenfolge für Schicht und Ausfahrt 6 1/2 Stunden unter Tage sein. Er würde sich dann also nur wenig besser stellen, als der deutsche Bergmann sich schon jetzt bei der Sechsstundenschicht stellt. Und dann ist England der Sieger! Got die weitaus vorteilhafteren wirtschaftlichen Lebensbedingungen und in seinem Bergbau Abbaueverhältnisse, die wesentlich günstiger sind als die deutschen. Unseren Ruhrbergleuten seien diese Dinge zum Nachdenken empfohlen.

Man denke nur: als das Internationale Bureau 1914 aus Brüssel flüchten mußte, hat Bar mat ihn in seinem Hause in Amsterdam Aufnahme gewährt. Was sagt die Gouvernante dazu: „Daß die Internationale bei Bar mat bereitwillig Aufnahme gefunden hat... ist höchstens ein Beweis mehr für die Korruption, die Leute jenes Schlanges mit sich gebracht haben.“ Wer die „Leute jenes Schlanges“ sind, die so forumpiriert sind und bei Bar mat verkehren? Na, es sind die besten Männer der sozialistischen Internationale, z. B. Husman, Herderman, Duao Doake, Longuet, Raal Kautsky und andere von ähnlicher Bedeutung. Alles und alle forumpiriert!

Bar mat hat noch mehr „kapitalistische Großhändler-Milliarden“. Er hat dem „Rotterdammer Parteiblatt“ und wer weiß wo sonst noch allenthalben „goldene Fesseln“ angelegt, wie Davidsohn erzählt wurde und wie unsere liebe Gouvernante mit hochgeräucherter Brille und hochgezogenen Augenbrauen begierig weiter erzählt.

Unsere Gouvernante glaubt ohne weiteres, daß die vom Reichsernährungsministerium mit Bar mat abgeschlossenen Geschäfte „völlig einwandfrei gewesen seien“. Aber dieser verdächtige Sozialdemokrat Bar mat, der mit so auffallenden Gelder für Parteizwecke ausgibt, hat doch auch mit anderen Leuten Geschäfte gemacht, die seinen holländischen väterlichen Konkurrenten nicht gefallen? Ist das nicht ganz merkwürdig? Daß mit einem solchen Menschen Sozialisten verkehren, das kann eine gute Gouvernante vom Schlage Davidsohns nie und nimmer dulden.

Es ist ganz unfaßbar! Staatsangehörige neutraler Länder, die Sozialdemokraten sind, haben die Unerschämtheit besessen und sind während der kapitalistischen Hochkonjunktur der letzten Jahre reich geworden, statt sich an der Granatendrehbank abzurackern. Würden sie nun hübsch ruhig ihr Geld verzehren und lediglich danach trachten, es weiter zu vermehren und vielleicht noch für irgendwelche reaktionäre Zwecke Geld geben, so wäre das ganz natürlich und kein Mensch, auch Georg die Gouvernante nicht, würde sich darum mehr kümmern, als um all die anderen Kriegsgewinnler. Aber diese verdächtige Menge wollen Sozialdemokraten bleiben und ihr Geld für Parteizwecke ausgeben! Mit solchen Leuten verkehrt unsere Gouvernante nicht. Solche Häuser sind ihm „Kosthöhlen“. Wer trotzdem zu ihnen geht, ist ein Lump, ist forumpiriert, und die Gouvernante muß ihn aus „erzieherischen Gründen“ verklären, was folgendermaßen geschieht:

Ist das der Sinn des Krieges gewesen? Wer stellt den Arbeitern endlich einmal diese Frage? Und wann gedacht das deutsche, das internationale Proletariat (nicht seine Redakteure, „Führer“ usw.) sie zu beantworten?

Wenn unsere Gouvernante sich ein Verdienst erwerben will, so könnte sie vielleicht einmal auseinandersehen, was sie tun würde, wenn sie in der Lage wäre, „wie Barons, Bar mat und deren Trohnschätze, die bis zum Kriege von der Hand in den Mund proletarisch lebten und nunmehr die Millionen hieselben, nicht wissen, wohin sie mit all dem schändlichen Mammon sollen“.

Die Antwort darauf wird unsere Gouvernante launisch bleiben. Für sie handelt es sich ja lediglich um die „erzieherische Wirkung“. Wenn sie glaubt, die Kinder genügend eingetüchtelt zu haben, läßt sie seelenruhig ihre Brille wieder auf die Nase gleiten und fährt befreit fort in der Deklamation der Verben auf „oir“: „Aufpassen, stillsitzen. Wer sich rührt, kriegt einen Tadel ins Klassenbuch!“

Betriebsräte-Wahlen.

Auf Einladung des Volksgedrats tagte am Donnerstag im ehemaligen Herrenhause eine Versammlung aller aus dem Bunde der S. P. D. stehenden Vertrauensleute der Berliner Gewerkschaften. Genosse Wobst (Mitglied der preussischen Landesversammlung) gab zunächst einen chronologischen Überblick über den organisierten Widerstand der Arbeiter und besonders der Frauen. Gerade die Unabhängigen haben einen Vertreter zur Beratung über das Betriebsrätegesetz bestimmt, dem als Voraussetzung für sachliche Mitarbeit abgesehen. Die Ausführungen des Unabhängigen Laufant passen wohl für ein Mitglied, nicht aber für eine Partei, die erst genommen werden will. Ohne Rücksicht, ohne Mitarbeit der Arbeiterschaft, ist ein Aufbau unserer Betriebsrätelebens gar nicht denkbar (Sehr richtig.) Für die Zukunft müssen wir uns von der Illusion frei machen, daß immer noch Arbeiter Arbeitszwang zu predigen; diesem Arbeitszwang müssen auch jene unterworfen werden, die zu der Klasse der Schieber — der Nichtarbeitenden gehören.

Unsere Produktion muß so ertragreich wie möglich gesteigert werden. Redner, der ein guter Kenner der modernen Betriebsräte ist, führt seinen Zuhörern die Möglichkeiten vor Augen, mittels des Amerikanismus — der rationalsten und verschiedensten Produktionsform — ein freier Arbeiter zu werden. Das russische Rätesystem ist infolge der starken Agrarwirtschaft nicht mit dem deutschen zu vergleichen. Es beweist, wie wichtig nicht die in nächster Zeit in den Betriebsräte gewählt werden. (Allgemeine Zustimmung.) Sie werden dann sofort sehen, daß hier zwei Welten aufeinanderstoßen. Diese Probleme sind von uns Berlinern — sehr zum Schaden für uns — zu sehr vernachlässigt worden. (Zehnfache Zustimmung.) Daher unsere unzulänglichen Kenntnisse auf diesem Gebiete. Genosse Wobst unterwies die Gründe, die es mit sich bringen, daß unser Rückwärtsschritt so spärlich ausgefallen ist. Beim Zusammenarbeiten mit den Unionschreibern wird das zum Ausdruck kommen. In den letzten Tagen des Wirtschaftsjahrs...

Lebens werden als die Einflüßlichen ihren Kopf einrennen. (Zustimmung.)

Bei den bedürftigsten Wahlen kommen für und nur solche Vertreter in Frage, die absolut zuverlässig sind. (Zuruf: und auch Charakter haben. — Zustimmung.) Ich weiß aus guter Quelle, daß die Unternehmer versuchen werden, sobald diese Zusammenarbeit nicht den von ihnen gewünschten Erfolg hat, mit dem „russischen Handschlag“ die Betriebsräte auf ihre Seite zu bringen. (Zuruf: Lausant. — Bewegung.) Wir werden Betriebsratsbetriebe haben von unterschiedlicher Herkunft, darum werden die Gewerkschaften nach niemals so notwendig sein wie bei der Ausübung dieses Betriebsratsgesetzes. (Zustimmung.) Was in Zukunft wirtschaftlich gut und einträglich wird, wird vollkommen sein als das Lohnsystem. Unter einer sozialistischen Wirtschaft haben die Arbeiter ein ganz anderes Interesse als an einer privatkapitalistischen. Wir müssen uns an den Betriebsratswahlen sehr aktiv beteiligen. Die Unternehmer meinen, daß unsere Vertreter sich glänzend blamieren und die Befehlshaber nicht befähigen. Geben wir mit voller Energie unser Bestes. Dann werden unsere Vertreter das fertig bringen, was der andere Seite nicht gelingen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Diskussion weist Genosse Karpel auf das Interesse hin, daß die S. P. D. an dieser Frage hat. Wir wollen wieder ein gedeihliches Zusammenarbeiten anstreben. (Zuruf: wird nicht werden.) Unter den Angehörigen spielen die Schreiber nicht die große Rolle. (Zuruf: Raus!) Redner flocht über die Harmoniebetriebe der Angestellten, die schon heute in die Harmonieverbände übergegangen. Redner empfiehlt keine Resolution, die geeignet erscheint, ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich zu machen. Dr. M. (Metallarbeiter): Es ist nicht von Söckel, von uns zu verlangen, nur auf gewerkschaftlichem Boden das Gesetz aufzubauen. Bei uns im Verbande wird nur Parteipolitik getrieben. Diesem Uebelstand muß ein Ende gemacht werden. Auch in der Angestelltenbewegung werden die Führer, die am meisten versprochen, den größten Zulauf haben. An der weiteren Debatte beteiligen sich noch etwa 12 Redner, die sich fast durchweg mit dem sehr verbesserungsbedürftigen Gesetz abfinden und durch praktischen Ausbau versuchen wollen, etwas Brauchbares zustande zu bringen. Gegen etwa 10 Stimmen wird folgende Entschließung angenommen:

Die am 20. Januar im ehemaligen Herrenhause tagende Versammlung der Funktionäre sämtlicher Gewerkschaften, die Mitglieder der S. P. D. sind, nehmen Kenntnis von der Beratung des Betriebsratsgesetzes.

Sie behaupten, daß es den Vertretern der bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung gelungen ist, unterstützt durch die betrübliche Sozialdemokratie der U. S. P. D.-Fraktion der Nationalversammlung, die ursprüngliche Regierungsvorlage wesentlich zu verschlechtern.

Teilen ungeduldet sind die Versammelten der Auffassung, daß die bedürftigsten Wahlen der Betriebsräte die Arbeiterkraft verschlingen, mit Hilfe der durch das Gesetz geschaffenen neuen Rechte den Einfluß der Arbeiter und Angestellten auf den Gang der Produktion im weit möglichsten Umfange auszuhäuten und durchzusetzen.

Die Fraktion der S. P. D. des Volkstages wird beauftragt, sofort die notwendigen Vorarbeiten zu den in Kürze vorzunehmenden Wahlen einzusetzen, mit der Bezirksorganisation von Groß-Berlin sofort in Verhandlungen zu treten, um ein geschlossenes Vorgehen aller Organisationen auf dem Boden der S. P. D. lebenden Arbeiter und Angestellten unter größter Wahrung aller freigezwungenen Grundzüge zu ermöglichen.

## Der Reichsfinanzminister.

Der Vize des Reichsfinanzministers ist noch nicht besetzt. Der Demokrat Wieland hat ausgeschlagen. Nun fordert das Zentrum nach Maßgabe seiner nunmehr festgestellten ziffernmäßigen Ueberlegenheit im Parlament diesen Posten für sich. Im Interesse des deutschen Volkes ist zu wünschen, daß dieser ungemein wichtige und ein enormes wirtschaftliches Wissen und Können erfordernde Posten nicht einfach nach der Kopfzahl der Parteien in der Nationalversammlung, sondern in erster Linie nach den für dieses Amt notwendigen fachlichen und geistigen Qualitäten vergeben wird. Wenn dabei die Zentrumspartei zugunsten eines anderen Parteimannes oder eines parteilosen Mannes zu kurz kommen sollte, so wäre das für diese Partei ein Nachteil, der angesichts des Nutzens für das deutsche Volk eben geschluckt werden muß.

## Wintersonne.

Die kahlen Büsche waren plötzlich erhaucht, als Licht fast warm um ihre armen Köpfe sprühte, und lachten es nicht, daß durch den kalten Tag auf einmal ein Feuerstern glühte.

Ich habe gesehen, wie sie ihre knospenlosen Äste dem goldenen Wall in Ehrfurcht und gläubender Sehnsucht zudrehen, wie ein wunderbares Jittern durchs All rann, als an einer winzigen Stelle die grauen Wolken verwehten und herzlich ein tiefes Blau aufbrach.

O Liebe! Leben! Wunder! ... Da glänzten verzückt die Augen von Kindern, denen der Frost noch in die erstarrten Backen saß. Und die Welt ähnte ein blütenkäuendes Vorabild.

Dann ist eine schwere Wolke vor das feurige Wunder gerückt. Aber die Menschen sahen und wußten das Glück, das die Sonne verhieß, und tragen es tief in den Herzen für immer.

Gans Gatzmann.

## Es liegt eine Krone ...

Diese Krone aus Gold und Edelsteinen kann ein König besitzen, verbunden, sie kann ihm geliehen werden und er kann auf sie verzichten. Paul v. Szegedentz.

Was kann man mit einer Krone anfangen, die Friede und Anhalt verloren hat? Der naive Verstand müßte annehmen, mit der obigen Erläuterung, die der „Königlich“ genannte Schriftsteller in einem Zeitungsbeitrag von sich gibt, sei die Frage genügend beantwortet. Jamohl, wenn der Herr nicht einige Vorbehalte an seine Darlegung knüpfte. Er meint nämlich, bei der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen dem „vorläufig“ letzten König von Preußen und der jetzigen Regierung habe an der Krone noch ein dritter Interesse, das preussische Volk. Diejenigen im Reichstaate Preußen, deren Herz noch an der Monarchie hängt, würden sich trotz aller etwaigen Abmachungen zwischen König und Regierung nicht davon abhalten lassen, späterer weitere Ansprüche zu machen, auch wenn die preussische Königskrone im Museum als Schaustück aufstehe und ein Zettel daneben, auf dem die Summe bezichtigt ist, die der Reichstaate Preußen für diese Krone bezahlt habe. Für die Monarchisten bleibe die Krone ein Schandmal, das unheilbar und unzahlbar sei.

Den Museumsweg haben bekanntlich die Franzosen beschritten. Sie legten die Imperatorinjen des ersten Napoleon im Louvre unter Glas als Anziehungspunkt für Kurstouristen. Ob sie etwas dafür bezahlt haben, ist vielleicht Hochgelehrten bekannt, aber hier gleichgültig, da der Kritiker ja ausdrücklich diese Möglichkeit im Falle Preußen voraussetzt. Also demgemäß angenommen, der vorläufig oder endgültig letzte König von Preußen läßt sich die Krone mit ihrem Gold bezahlen, so gehen also Rechtsansprüche an den Dritten das preussische Volk über. Ein

## Filmzensur.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für Produktionspolitik beschäftigte sich am Donnerstag mit dem § 1 des Filmgesetzes, monoch. Bildstreifen zu öffentlichen Vorstellungen, denen Vorstellungen in Klubs, Vereinen und geschlossenen Gesellschaften gleichgestellt werden, nur mit Erlaubnis der amtlichen Prüfungsstellen zugelassen werden.

Die Erlaubnis muß erteilt werden, wenn die Befugnisse des § 1 Abs. 1 durch die Vorführung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gefährdet, wenn der Bildstreifen geeignet ist, das religiöse Empfinden zu verletzen, oder wenn er durch Erregung niedriger Triebe verzerrend oder entsetzlich wirkt.

Verbunden mit der Beratung des § 1 wurde § 5, der ein Verbot der Ortspolizeibehörde einer Gemeinde zulegt, wenn die Vorführung des Bildstreifens oder der Anschlag der Kellern in dieser Gemeinde die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden würde.

§ 1 Abs. 1 wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Der Absatz 2 wurde wie folgt beschlössen: „Die Zulassung eines Bildstreifens erfolgt auf Antrag. Er ist zu versagen, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, durch Anreiz zu Straftaten die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, die Religion oder religiöse Einrichtungen herabzuwürdigen, oder durch Erregung niedriger Triebe verzerrend oder entsetzlich zu wirken, oder das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethnischen oder Weltanschauungsstendenz als solcher nicht versagt werden. Die Zulassung darf nicht versagt werden aus Gründen, die außerhalb des Inhalts der Bildstreifen liegen.“

Im übrigen wurde § 1 unverändert angenommen.

## Französische Phantasien.

In der Frage der deutschen Wehrmacht wollen einige französische Blätter sich noch immer nicht mit der Wehrmacht abfinden. Vor einigen Tagen hat sich das „Journal“ der Angelegenheit von neuem bemächtigt. Trotz der vernichtenden Bestimmungen des Versailler Vertrags vertreibt es die Meinung, Frankreich sei gegenüber Deutschland in sehr ungenügender Weise geschützt. Zur Unterstützung dieser Auffassung führt es aus: gemäß schreibe der Text des Friedensvertrages vor, daß Deutschland nur hunderttausend Mann Truppen, die zwölf Jahre zu dienen hätten, unterhalten dürfe. Aber wer könne sagen, ob der Müller, der in der Nähe irgendeiner Kompanie erziehe, ein einziger Müller sei oder ob das ganze Müller seien. Durch ähnliche Nachsichtungen habe auch Stein die Vorführung Napoleons umgangen. André Lefebvre, der Verfasser des Journal-Artikels behauptet, bezüglich zu können, daß im November 10 sogenannte Brigaden der Reichswehr zu je 16 000 Mann durch Polizeikräfte und Bürgerwehr ergänzt, aufgestellt worden seien. Diese Bürgerwehren seien mit Maschinenwahren, Geschützen und Flugzeugen ausgestattet und würden von Divisionsoffizieren befehligt. Das bedeute, daß im November d. J. Deutschland seine Armee in der Weise umgestaltet habe, daß es außer anderen verzeitelten Streitkräften in Wirklichkeit 20 Armeekorps, also 650 000 Mann mobilisationsfähig erhalten habe. Das sei eine Tatsache von nieder-schmetternder Verächtlichkeit, und er (Lefebvre) könne noch anderes anführen. Jetzt heiße Stein: Kasse und Schornstein: Lubendorf.

Die Grundlosigkeit solcher Behauptungen ist schon mehrfach nachgewiesen worden. Damit aber Schloßener nicht als Behauptung ausgelegt werde, seien die wichtigsten Tatsachen nochmals festgesetzt.

1. Der Personalbestand der Reichswehr betrug im November 1919 250 000 Mann, und zwar alles in allem. Er verringerte sich automatisch von Monat zu Monat. Am 1. April 1920 wird er nur 100 000 Mann betragen. Alle darauf bezüglichen Vorarbeiten sind getroffen.

2. Die Formation der Wehrfreiwilligen, die nur aus Kameraden besteht, wird drei Monate nach der Ratifizierung aufgelöst. Von ihnen sind zurzeit nur Städte vorhanden. Im übrigen ist der Entschluß von dieser Einrichtung seinerzeit amtlich Kenntnis gegeben worden.

3. Die Einwohnerwehren sind eine Art genossenschaftlicher Wach- und Schützengesellschaften. Sie unterstehen dem Ministerium des Innern. Ihre Zugehörigen sind Leute

jeden Alters, die zum größten Teil nicht mit der Waffe ausgestattet sind.

4. Die Sicherheitswehr ist weder eine geheime noch eine militärische Einrichtung. Auch in anderen Ländern besteht die Schutzmannschaft aus gebildeten Soldaten. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß im besetzten Gebiet die Entente selbst die Errichtung einer Sicherheitswehr verlangt hat, um den unsicheren Zuständen zu steuern.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit, wovon sich die in Deutschland befindlichen militärischen Kommissionen der Alliierten jederzeit überzeugen können.

## Der Friedensvollzug.

General Sir J. Bingham, der Vorsitzende der alliierten Untersuchungskommission für die Kontrolle der deutschen Abrüstung hat sein Arbeitsprogramm festgelegt, da sich die Kontrollkommissionen schon fast vollständig in Berlin eingefunden haben.

Die Kommission wird über das ganze Reich zerstreut in 12 Hauptabteilungen einziehen, und zwar in Dresden, München, Stuttgart, Münster, Köln, Hannover, Stettin, Breslau und Königsberg. General Bingham hat das ganze Arbeitsgebiet seiner Kommission in 4 britische, 4 französische, 2 italienische und einen belgischen Bezirk eingeteilt. In allen Bezirken sind die übrigen Alliierten mit vertreten. Die deutschen Verbände werden erlaubt werden, die Befehle an Kriegsgerät festzustellen, ferner die Lage der Zeughäuser, Depots und Heeresmagazine, die Konstruktionsbüros und Institute für experimentelle Prüfung und wissenschaftliche Erforschung, gleichgültig ob sie unter Regierungs- oder privater Kontrolle stehen, anzugeben. Es sind weiter von deutscher Seite genaue Angaben über die Beschaffung und Ausrüstung aller bestehenden Anlagen sowie über die Werkstätten und Fabriken zur Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsgerät und ihrer Arbeitsmethoden zu liefern.

In diesen Bezirken sind Verzeichnisse und Fragebogen aufgestellt worden, die bis in die kleinste Einzelheit hinabreichen. Die Kommission wird genaue Einzelheiten verlangen hinsichtlich der Beschaffenheit und Herstellung aller Sprengstoffe, eine detaillierte Beschreibung des gesamten Herstellungsprozesses einschließlich der dabei zur Anwendung gelangten Maschinen und Apparate, endlich eine Liste aller giftigen Substanzen oder anderer chemischer Präparate, die von Deutschland im Laufe des Krieges gebraucht wurden. Alle deutschen chemischen Werke sollen zur vollen Auskunftserteilung angehalten sein, auch darüber, was mit ihrem Inventar seit Abschluß des Waffenstillstandes geschehen ist.

Die Marinekontrollkommissionen bereifen schon die ehemaligen deutschen Kriegsschiffe.

England hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Truppen für die Abstützungsgelände in Sibirien, Schleswig, Kurland usw. zu stellen. Es wird berichtet, daß Italien den gleichen Schritt getan hat. Die Aufgabe, den Vollzug des in den Abstützungsgeländen zu versehen, wird auf Frankreich allein fallen. Wir verlaute, war England um die Stellung von 25 Bataillonen ersucht worden. England weiß, warum es den Unbeliebten unserer Feinde mit dieser hocherzeugenden Aufgabe betraut: um Deutschland und Frankreich noch mehr zu verhexen.

## West-östliche Gewalttaten.

Der Dr. Al. Litschkegler in Bosen bleibt nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom 11. d. M. bis auf den Bahnhof deutsch. Trotzdem verlangte der französische Polenoberst Kläumung binnen 24 Stunden bei Gewaltanwendung, und angeblich will die Reichswehr den aussichtslosen und unnützen Kampf wagen.

Die amerikanische Besatzungsbehörde hat den Kreislehrerverein des Kreisamtes aufgelöst und die vom preussischen Kultusministerium angeordnete Wahl zur Bezirkslehrerversammlung verboten.

Das rumänische Kriegsgericht in Klausenburg verurteilte den magyarischen Dichter Alexander Komenzil, der über die Leiden der Siebenbürger Magyaren einen Band lyrischer Gedichte veröffentlicht hatte, wegen Aufwiegelung zum Tode.

Bisher haben 90 000 Deutsche Gisch-Vertringer ihre Heimat verlassen. Von diesen sind 20 000 ausgewiesen. Das „Echo de Paris“ kommentiert diese statistische Angabe mit dem Satz: „Da vor dem Krieg im Elb-Loihringen 500 000 Deutsche gewohnt haben, müssen also die 400 000 Deutschen, welche sich noch im Land

legaler Handel ist geschlossen. Der nunmehrige Besitzer wird wahrscheinlich nicht die Platte der Schleißhändler wandeln, das Gold an Zahnärzte und die Edelsteine an kapitalkräftige Kriegsgewinnler vertreiben. Aber zweifellos kann das Volk oder die Regierung in seinem Auftrag den Schließungsverkauf zum Einschmelzen — verpfänden lohnt sich nicht —, die Krone kann ihm jetzt erst recht gestohlen werden; das Verzichten kommt bei den teuren Verlusten nicht in Frage.

Herr v. Szegedentz legt sich jedoch über alle Rechtsnormen hinweg, wenn er vom Reichstaate Preußen, also vom preussischen Volke spricht. Was dem einen recht ist, will er dem andern nicht als billig zugehen. Der König darf sich die Krone bezahllen lassen, der Käufer darf das nicht, weil es dem Monarchisten, der doch gar kein Besitzrecht hat, nicht paßt. Mit der Einlösung des Kaufpreises ist er einverstanden, die Ware will er nicht hergeben. Warum soll eigentlich das Volk mit dem todtlich erworbenen Schmuckstück nicht tun, was es will? Zum Beispiel es in Münzen umprägen zur teilweisen Erledigung von Kriegsschulden, die der einstige Träger und seine gläubenden Anhänger veranlaßt und dem unbeteiligten Dritten, der den Antritt der Erbkrone leider nicht ablehnen konnte, aufgebürdet haben. Nein, keine Auseinandersetzung werde, so liest man, die monarchisch Gesinnten von ihrer Hoffnung auf einen König abbringen, dessen sei die Krone Sinnbild.

Werden anglistische Republikaner nun nicht wirklich den metallenen Gut in den Schmelztiegel werfen? Oder soll die Krone erhalten bleiben als Symbol für die baldamste aller Republikaner, in der es ohne weiteres erlaubt ist, den baldigen Ertrag des vorläufig letzten Königs durch ihn selbst oder einen seiner Sippe zu proklamieren? Was wäre im umgekehrten Falle früher geschehen, als die Krone noch unangekündet auf dem Kissen im königlichen Schlafzimmer lag? Nicht auszudenken. Jauchhaus hätten die monarchisch Gesinnten als Witze verachtet. Die jetzige Staatsform in Preußen kennt solche Meinungsbeifolgung nicht. Und das ist gut, solange es sich um Wertsymphonien und nicht um Taten handelt, wenn auch die Geschichte erzählt, daß anderweitige Republikaner verständig scharfe Methoden in ähnlichen Situationen beliebt haben.

H. G.

Frei ist der Bursch! Die deutschen Studenten haben sich früher in ihrer Mehrzahl einen Dred am freien Wein und dergleichen geträumelt. Sie hatten die Meinung der Obrigkeit und ihrer Professoren — und ihre Uebereinstimmung damit beklundeten sie auf Kommen durch Salamanderreiben und Currageschrei. Im Kolleg betrieb man fortwährend keine Politik. Jetzt ist das anders geworden. Man weiß bewußt und aktiv Politik in der Universität — in reaktionärem und nationalstimmigen Sinne. Die Freiheit, die die Republik gewährt, wird dazu ausgenutzt, um sie zu bekämpfen. Die Gelben, die früher nicht gewagt hätten, Mißrat zu zeigen, gefaßen sich in lörmender Deposition und Unterdrückungsgefallen.

In München ist ein von den Gelben in der Studentenschaft ein Kampf entbrannt, ein sozialistischer Student ist beschimpft und hinausgeworfen worden. Die ganze sozialistische Studentenschaft

wurde als Bande bezeichnet, die man samt den Juden und ihren Beschützern zum Teufel jagen sollte. Professor Weber, der Kam-folger Brentanos, hatte dies getadelt. Darauf ging der Arnsold gegen ihn los, er konnte sein Kolleg trotz Eingreifens des Rektors nicht zu Ende halten.

Das nennt man in München akademische Freiheit! Rette Nachkommen der alten Wissenschaft, die für politische Freiheit kämpfte und litt, diese Curiden, die die ihnen geschenkte Freiheit mißbrauchen, um Anderdenkende zu tyrannisieren. Diese Jugend will Deutschland weiter regieren wie ihre Väter — als Herrscherklasse. Für sie ist die Weltgeschichte der letzten fünf Jahre ausgestrichen.

Doppelgärtnerhäuser. Gegen das Einfamilienhaus besteht vielfach und besonders in Kreisen der Hausfrauen eine entschiedene Abneigung. Die Anordnung der Wohnräume in zwei Geschossen erschwert die Arbeit der Hausfrau sehr, das ewige „Treppauf, Treppab“ macht sie bald verdrüßlich und müde. Für viele wird der Wert des eigenen Hauses mit Garten durch diese Erschwerung in der Bewirtschaftung hart vermindert. Im neuen Heft der vom Regierungsbaumeister H. U. Schrenk herausgegebenen Zeitschrift „Die Volkswohnung“ (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin) macht nun Prof. Peter Webers mit Entwürfen zu sogenannten „Doppelgärtnerhäusern“ einen Vorschlag, wie dieser Nachteil vermieden werden kann.

Die zweigeschossigen Einzel- oder Vierfamilienhäuser sind so angelegt, daß in jedem Stockwerk eine abgeschlossene Wohnung liegt. Der Garten der Erdgeschosswohnung liegt vor, der der Obergeschosswohnung hinter dem Hause. Auf diese Weise hat jede der beiden Wohnungen den Vorteil des unmittelbaren zu erreichenden Gartens, der von der Straße aus übersehen werden kann. Vor dem oberen Wohnung steht ein langer Balkon hin, der über dem Garten der dazugehörigen Wohnung liegt und, durch das übergehende Dach der Regen geschützt, einen weiterführenden Sitzplatz bietet. Dieser soll an die Stelle der Hauslaube im Einfamilienhaus treten. Von ihr und von der Balkonlaube aus ist das Treppenhäuser unmittelbar zugänglich. Prof. Webers hat in seinen Entwürfen darauf hingearbeitet, daß der Garten jeder Wohnung unmittelbar von dem Raum, in dem sich die Bewohner am meisten aufhalten, zu übersehen und auch auf kürzestem Wege zu erreichen ist. Verußt ist die Möglichkeit geschaffen, auf dem Balkon zu sitzen, zu essen oder sich zu beschäftigen mit dem Blick auf den eigenen Garten. Denn nur dadurch wird das Interesse für den Garten dauernd aufrechterhalten, nur dadurch die Reizung zur Gartenarbeit in jeder freien Minute unterstützt.

Musik. Arnold Schönbergs 2. Streichquartett mit Gelang wird am 25. 4. Ue nachmittags im Beckhosen-Saal zum ersten Male in Berlin durch die Neue Musikgesellschaft aufgeführt.

Theater. Infolge Erkrankung Hans Knudssens muß die Erhaltung von „Gemina“ im Theater am 2. Mai die nächste Woche verschoben werden.

Politische Unberührt. Diskussionsabende. Die seit der Umwälzung an den Berliner Hochschulen gebildeten politischen Gruppen haben sich seit kurzem ähnlich zur Abhaltung gemeinsamer Diskussionsabende an der Universität versammelt. Die ersten vier Abende haben sich auf ein Thema bezogen, Nationalismus und Internationalismus, ein anderes hatte „Monarchie und Republik“ zum Thema. Der erste Diskussionsabend legt noch den Seiten betrieft „Einheitsstaat und Bundesstaat“.

Erzbergers Verantwortung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Auf die Beschuldigungen Helfferichs in der Thysen-Angelegenheit

erwiderte der Nebenkläger Reichsminister Erzberger unter seinem Neugeneid: Ich kenne Herrn August Thysen seit 12-13 Jahren. Er kam wiederholt in den Reichstag zu mir und sprach mit mir über volkswirtschaftliche Probleme. Er bedauerte es, daß bei den Abgeordneten niemals die Interessen der Industrie vertreten werden. Er habe es als selbstverständliche Pflicht eines Abgeordneten angesehen, auch von ihm Informationen anzunehmen. Er hat mir dann wertvolles Material zugestellt. Unsere Beziehungen wurden immer freundschaftlicher, haben aber nie irgendeinen persönlichen Charakter gehabt. Ich habe auch nie ein Geschenk von ihm erhalten. Ich hatte auch nicht nur zu Herrn Thysen Beziehungen, sondern zu anderen Industriellen, die mir ihre Wünsche vortrugen. Das waren aber niemals finanzielle Beziehungen. Auch mit Berliner Vandalendirektoren hatte ich oft Beziehungen. Ich war der einzige Zentrumabgeordnete, der in Berlin wohnte, deshalb kamen die Herren zu mir. Herr Thysen nahm durchaus keine Ausnahmestellung ein. Ohne mein Zutun erhielt ich dann von ihm im März 1915 die Anfrage, ob ich bereit sei, in seinen

Aufsichtsrat einzutreten

und für ihn als Testamentvollstrecker tätig zu sein. Ich habe nämlich auch bei seinen Familienstreitigkeiten an einer Verhandlung mitgewirkt. Ich habe mich nicht ablehnend verhalten. Mir war das Anerbieten als ein Vertrauensbeweis sehr ehrenvoll, zumal es sich um einen Konzern handelte, der 10 Proz. der gesamten deutschen Stahlproduktion leistete. Es war mir ganz unangenehm, daß ich dadurch in intimere Beziehungen zur Industrie treten konnte. Ich habe aber sofort erklärt, daß mein Eintritt in den Aufsichtsrat unzulässig verwerflich ist. Ich habe mich nicht ablehnend verhalten, sondern habe eine feste Quote. Thysen hat mir 40.000 Mark jährlich. Ich fand diese Summe zu hoch, aber Thysen erwiderte, er kenne mich länger als ein Jahrzehnt, er würde mich stark in Anspruch nehmen, so daß die Summe nicht zu hoch sei und er sie später noch erhöhen würde. Ich widersprach und sagte, es liege bei dem Abgemachten. Wenn der Angeklagte sagt, es sei schwer festzustellen, wo ich überaus beteiligt bin, so glaube ich das gern. Man muß bei mir Willens sein, die ich nicht beziehe. Wenn ich einer Kirche 50.000 Mark überwiesen habe, so sind das Gelder, die mir von anderer Seite zur Verfügung gestellt worden sind, nicht eigene Mittel. Wo nichts ist, kann man auch nichts suchen. Ich war von 1906

Berichterstatter zum Militärret.

Als ich in den Thysenschen Aufsichtsrat eintrat, legte ich die Berichtserstattung nieder. Was ich für Thysen getan habe, habe ich im allgemeinen Interesse getan. Man kann mir doch keinen Vorwurf daraus machen, daß ich als Abgeordneter für Thysen etwas zu erreichen suchte. Ich konnte doch in dem Augenblick, wo ich Herren besuchte, um für Thysen etwas zu besprechen, mich nicht in den Aufsichtsrat und in den Aufsichtsrat Erzberger teilen. Ich habe mich nicht sehr stark für Wirtschaftsfragen interessiert. — Vorj.: Daraus kann man Ihnen ja auch keinen Vorwurf machen. Aber daraus macht Ihnen der Angeklagte einen Vorwurf, daß Sie in den Aufsichtsrat eingetreten sind, obwohl Sie nicht aus dem Wirtschaftlichen kommen. — Erzberger: Herr v. Loebell, der ebemalige Chef der Reichskasse, der auch nicht aus dem Wirtschaftlichen kam, ist in den Aufsichtsrat der A. G. eingetreten. Man wird es mir nicht verübeln, wenn ich nicht näher auf meine Beziehungen zu dem Hause Parma

eingehe. Wenn ich 1914 meinen Anregionsbrief an den Reichsanwalt sandte, so entsprach das damals völlig meiner Ueberzeugung. Ich glaube eben damals, daß Deutschland überfallen war und daß wir eine Entscheidung verlangen mußten. Ich hatte damals noch keine nähere Kenntnis der Dinge. Ich muß deshalb den Vorwurf, daß ich in dieser Frage für Thysen gearbeitet habe,

aufs schärfste zurückweisen. Ich bin ja auch für andere Kreise, zu denen ich keine Beziehungen hatte, eingetreten, so z. B. vertrat ich Graf Zepelin's Werk bei Erdig durchzusetzen. Meine Politik ist vom Hause Parma nicht geleitet worden.

Meine Gesinnungsänderung

erfolgte nicht erst im Frühjahr 1917, sondern bereits Ende 1914, als über die Marneischlacht die Wahrheit bekannt wurde. Weismann-Hollweg kann bezeugen, daß ich meine Meinung noch später wiederholt umgestellt habe. Schon damals habe ich erklärt, man müsse heilfroh sein, mit heiler Haut aus dem Weltkriege heraus zu kommen. Die Friedensresolution ist nicht nur deshalb beschloffen worden, um die Stimmung im Lande zu heben und hoch zu halten, sondern vor allen Dingen, um die Feinde an den Verhandlungstisch heranzubringen. Wir wollten nicht einen Verzichtfrieden schließen, sondern wir waren damit einverstanden, daß ein Austausch und eine Korrektur der Grenzgebiete vorgenommen würde. Die Friedensresolution war durchaus kein Hindernis für einen territorialen Ausgleich. Ich trat dafür ein, daß Deutschland nicht erst Frieden machen müsse, wenn es besiegelt sei, sondern solange es noch stark sei. Ich erklärte weiter, daß es im deutschen Interesse läge, die Erzähler von Vrieh und Longwy zu erhalten. Ich war damals sehr überrascht, als ich erfuhr, daß die Oberste Seeresleitung mit dem Gedanken umging, Oberseel an Frankreich abzutreten. Frankreich, das an Erzählern so reich ist, konnte den Verlust von Longwy und Vrieh wohl ertragen, wenn es dafür anderweitig entschädigt würde. Wir konnten auch einen wirtschaftspolitischen Ausgleich entweder von Staat zu Staat oder von Industriegruppe zu Industriegruppe schaffen. Es war meine Ansicht, daß man dem deutschen Volke vielmehr den Wert der Eisenindustrie klar machen müsse. Denn die Landwirtschaft hat nun einmal das größte Interesse an der Eisenindustrie mit ihrer Ammoniakherzeugung. Die Erwerbung der Erzfelder von

Vrieh und Longwy lag durchaus im Rahmen der Friedensresolution.

Nur eine gewalttätige Erwerbung durfte nicht stattfinden. Am 20. Juli 1917 habe ich bereits darauf hingewiesen, daß es ein schwerer Fehler war, daß die deutschen Abgeordneten keine Gelegenheit hatten, mit dem Kaiser zu sprechen. Von diesem Tage an habe ich den Kampf gegen Helfferich aufgenommen. In seiner Art, den Kaiser zu informieren, lege ich ein Unglück für das ganze Volk. Beim Empfang der Abgeordneten durch den Kaiser, bei dem auch Abg. Süßlum dabei war, empfanden wir es schmerzlich, daß wir mit dem Kaiser nicht sprechen konnten. Der Kaiser sagte: „Das haben Sie gut gemacht mit der Resolution und dem Bussele.“ Ich erwiderte, von einem Ausgleich stehe doch in der Resolution nichts drin. „Ja,“ sagte der Kaiser und deutete auf Helfferich, „das hat der dann getan.“

Wir reden uns Polen und die übrigen Randländer ein

und machen dabei noch ein gutes Geschäft. Das ist die schwerste Erleichterung gewesen, die wir während des Krieges erlebt haben. Von diesem Tage an wußten wir, daß es unmöglich war, auf diese Weise in Deutschland zu regieren. Wir Abgeordneten besprachen den Fall noch abends unter uns. Helfferich sagt, daß eine Ausbeutung der Gewinnen durch Privatfirmen während des Krieges nicht diskutabel gewesen wäre. Aber diese Erklärung bin ich außerordentlich erstaunt. Die Eisenproduktion in Deutschland war um 40 Prozent gestiegen. Im September bereits begann man, um die Eisenlieferungen aus Schweden abzuschnellen. August Thysen war der erste, der diese Gefahr erkannte. Während in allen anderen Ländern die Stahlproduktion ungeheuerlich gestiegen war, ging sie in Deutschland zurück. Die militärischen Sonderverhandlungen werden sagen können, was das an deutsches Blut gekostet hat. Die deutsche Eisenindustrie ist durch die Notwendigkeit, auf schwedische Firmen angewiesen zu sein, in eine außerordentlich finanzielle Abhängigkeit geraten. Wir schulden an Schweden Summen, die ich hier gar nicht zu nennen wage. Es war vorgeschlagen worden, die Gruben von Vrieh sollten unter Aufsicht der deutschen Verwaltung von deutschen Firmen ausgebaut werden; die unter militärischer Leitung erfolgte war aber aus mangelhafter und hatte keine wesentlichen Ergebnisse. Wir wollten nun, daß diese Ausbeutung zugunsten der französischen Eigentümer durch deutsche Firmen vorgenommen würde. Das wäre in mancher Beziehung besser gewesen. Die Forderung, daß französisches Eigentum vor Friedensschluß an deutsche Firmen übertragen werden

sollte, habe ich nicht vertreten. Die Eingabe enthält vielmehr das Gegenteil; es wurde nur die Ausbeutung während des Krieges nachgedacht.

Der Angeklagte hat in den Jahren 1915/16 nie erkennen lassen, daß damit gegen das Völkerrecht

verstoßen würde. Jetzt kommt er auf einmal mit dieser Behauptung heraus. Die Firma Thysen hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ihr eine Eigentumsübertragung ganz fern liege. Auch von meiner Seite ist keine solche Forderung dem Herrn Staatssekretär vorgebracht worden. Was der Angeklagte hier sagt von „unkleiner Zustimmung“ und vom „Bruch des Völkerrechts“ ist völlig falsch und unhaltbar. Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ hat ein Gutachten Professor Jorns darüber eingeholt, in dem dieser sich dahin geäußert hat, daß während des Krieges eine Ueberweisung nicht zulässig sei. — Vorj.: Das Gutachten befindet sich bei den Akten. Jorns soll sich aber so geäußert haben, daß eine Ueberweisung wohl möglich, aber auch eine Ueberweisung nicht ausgeschlossen sei. — Erzberger: Die Eingabe der Firma Thysen hat diesen Wunsch nicht enthalten. Für mich waren in erster Linie die Interessen der lothringischen Bevölkerung maßgebend, die mir den Wunsch mitteilte, daß, wenn es zu einer Verteilung käme, die Erzähler vor allem der lothringischen Hüttenindustrie zugute kommen müßten. Ich habe damals der Liquidation zugestimmt. Andere Liquidationen jedoch, die meiner Ansicht nach zu weit gingen, habe ich bekämpft, besonders die Liquidation der ganz kleinen Besitztümer. Es wurde damals eine Organisation „Westmark“ gearlendet, die unter Führung von Galatius stand, b. d. von ausgeprobten Beamten des Reichskriegsministers. Diese sollten deutsche Ansiedler nach Elsass-Lothringen bringen. Dies habe ich bekämpft und zu Fall gebracht.

Ministerialdirektor Müller verlangte von verschiedenen Abgeordneten, zum Beispiel auch Süßlum, daß wir den Ausfuhrabgaben ohne nähere Kenntnisnahme zustimmen. Wir hatten den Vorschlag nicht gesehen. Darauf habe ich gesagt: Das ist ausgefallen. Süßlum nahm dieselbe Stellung ein. Wir haben nur die Form, nicht das Prinzip abgelehnt. Solange die Valuta gut stand, war ja gar kein Raum für Ausfuhrabgaben. Erst mit dem Sinken der Valuta wurde dieser Gedanke realisiert. Im Jahre 1918 während meiner Tätigkeit als Reichsfinanzminister sind über 500 Mill. allein aus Ausfuhrabgaben eingegangen. Also auch diese Behauptung des Angeklagten ist falsch. Ich glaube damit nach bestem Wissen alles über meine Beziehungen zum Thysen-Konzern ausgelegt zu haben. Der Gerichtshof wird es mir nicht verübeln, wenn ich auf die politischen Ausfälle des Angeklagten nicht näher eingehe.

Der Vorsitzende verliest hierauf einige Stellen aus dem Anregionsprogramm. Erster Staatsanwalt von Clausen: Warum hat der Zeuge gerade auf die Normannischen Inseln solches Gewicht gelegt? Erzberger: Weil diese als Pflanzstation für die Marine gebraucht wurden.

Angell, Helfferich erläutert seine Angaben, wonach Thysen ihm schon im Herbst 1914 geraten habe, sich Erzbergers bei etwaigen Schwierigkeiten im Kriegsministerium zu bedienen. Erzberger erklärt dazu, daß ihm der Fall absolut nicht in Erinnerung sei. Er wäre bei allen Behörden ein- und ausgegangen und nicht nur 1914, sondern auch schon früher fast jede Woche ins Kriegsministerium gekommen, um dort Besprechungen vorzutragen. Helfferich erklärt auf Verfragen des Vorsitzenden, Thysen habe damit sagen wollen, daß Erzberger ein guter Vertreter der Thysenschen Interessen beim Kriegsministerium gewesen sei. Er wolle damit nicht sagen, daß Thysen irgendwelche unfauberen Geschäfte mache.

Auf die Frage, ob er durch seine Tätigkeit als Aufsichtsrat sich nicht in seiner politischen Tätigkeit gebunden gefühlt hätte, erwidert Erzberger: Ich habe Herrn Thysen ausdrücklich erklärt, daß ich durch meinen Eintritt in den Aufsichtsrat mich nicht irgendwie binden liege. — Vorj.: Sie haben ja schon selbst gesagt, daß man sich Ihre Stellung als Abgeordneter nutzbar machen sollte. — Erzberger: Das war bei anderen Abgeordneten auch der Fall. Ich ging erst in den Aufsichtsrat, als meine Freiheit in politischen und wirtschaftlichen Fragen gesichert war. Ich habe auch zum Beispiel in Fragen des Arbeiterhauses nicht mit Herrn Thysen übereingestimmt. Unsere Beziehungen begannen auf familiärem Gebiet, und ich beirauf mit Thysen oft die großen Wirtschaftsprobleme. Da Thysen auf diesem Gebiet eine hervorragende Kenntnis besitzt, waren diese Aussprachen für mich politisch sehr wichtig. — Helfferich: Hat

Jan Krebsereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufzeichnungen von Hans Müller-Schiffner.

„Hm, hm,“ machte Grades und scharrte auf dem Fußboden.

„Einen Augenblick warten!“ befahl Kladdor.

Grades nickte und schaute sich um. Da sah er ein Regal mit dicken und dünnen Büchern, da sah er auf der Fensterbank eine porzellanerne Kaffeekanne und eine Tasse ohne Henkel stehen und neben dem Regal in der Ecke eine lange Weife und einen Tabaksbeutel aus einer Sämeinsblase. Ein Schrank stand halb offen; Grades sah darin auch wieder Bücher und zurechtgeschnittenes Papier. An der Seitenwand des Schrankes hing an einem Nagel der gute Rod des Stadesbeamten und auf dem Boden stand der Spazierstock aus Ebenholz mit einer Eisenbeinlinge als Griff. An den Wänden hingen Stahlstiche, König Friedrich Wilhelm III., Blickers, Gneisenaus und ein grellfotografiertes Bild der Schlacht bei Waterloo. Grades war ganz in der Betrachtung der rotgemalten Flammen der brennenden Säuer versunken, als ihn Kladdors Stimme aufschreckte:

„Wo was gibt es denn?“

Grades räusperte sich und fing an:

„Ja, Herr Kladdor, nämlich —“

„Reicht du wat, Grades,“ unterbrach ihn Quaddelmehel, „sei du mal still! Pah! du mich dat auf eine nette und gehörige Manier dem Herrn Stadesbeamten auseinanderbergsen!“

„Ach sag, Herrmann, geh' an die Kant und loß mich lagen, wat ich zu lagen hab!“

Aber Quaddelmehel schüttelte den Kopf.

„Nee, nee, leewe Grades, dat kannst du nit. Du machst so viel Umständ, und der Herr Stadesbeamte hat nit viel Zeit.“

„In der Tat, das sagen Sie aut, Mann! Sie würden mir einen Gefallen tun, wenn Sie sich kurz fassen wollten.“

„Aha, Grades, wat hat den ich gesagt!“

„Du Toll, wer macht denn die Umständ? Du oder ich? Also loß du mich dat Ruder führen!“

„Aber, liebe Leute, was wollen Sie denn?“

„Ich wollt bloß anmelden, Herr Kladdor, dat heut' in der Früh —“

„So um sechs Uhr herum, Herr Stadesbeamte!“

„Nee, nit um sechs, akkurat Klod Drei! Und ich sag', Herrmann, mach' jetzt, dat du mir von Bord kommst, sonst, wahrhaftig als Gott, jämmeich ich dich durch dat Oberst!“

„Aha, Herr Stadesbeamte, hat hab' ich gesagt! Sind dat Manieren, um mit Vent' umzugehen?“ Kladdor runzelte die Stirn und sagte verdrießlich: „Ach bitte mir aus, daß Sie mich nicht für Ihren Narren verwechseln! Jetzt sagen Sie mir kurz und bündig —“

„Dat will ich ja auch, Herr Kladdor!“ rief Grades, „aber der Histermölls“) löst mich ja nit zu Bord kommen!“

„Also sind Sie es, der eine Anmeldung zu machen hat?“

„Natoll, ich!“

„Dat stimmt, Herr Stadesbeamte,“ erläuterte Quaddelmehel, „aber ich hab' es übernommen, auf eine richtige und schickliche Manier —“

„Sie haben jetzt einmal zu schweigen, damit wir endlich zu Rande kommen! Sie hätten sich zu Hause darüber einigen sollen, wer hier der Wortführer sein soll. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß sich Ihr Disput durchaus nicht mit der Würde dieses Oris verträgt!“

„Aha!“ rief Grades und gab Quaddelmehel einen Rippenstoß, „dat hat man von dein' Manieren, dat man sich noch obendrein 'ne Nasestüber muß gefallen lassen! Und wenn du dich nit gut aufführst, dann wird aus dem Vat-Dehm nit! Jetzt set' dich mal nett still auf den Stuhl und freuz' nit mehr meinen Kurs!“

„Sie müssen entschuldigen, Herr Stadesbeamte, aber bei allem Respekt muß ich denn doch fragen, wofür ich denn mit hierhergegangen bin?“

„Sapperlot, Mann, das kann ich Ihnen doch nicht veraten!“

„Und ich sag', zum Demmel, sag ich, wer ist denn eigentlich der Vatter? Du oder ich?“

„Und ich sag'“ rief Quaddelmehel erhobt und tippte mit komischer Festigkeit in seine linke Hand, „hier zeigt sich widder, dat du kein' Manieren hast! Ich loß meinen Laden im Stuch, grad jetzt in der Morgenstund, wo soviel Kund-

schaft kömmt, riskier' womöglich noch Janf und Streit mit der Frau, wenn die Wäsch' überfodt —“

„Du, Bewächdriemer,“) es war doch dein eigener Wille! Ich hab' dich doch bloß aus purer Gutmütigkeit mitgenommen!“

„Da soll man die Kränk' kriegen!“

„Aber du hast zuviel Jemewit gepitscht. Dat Teuwelzeug hat dich zu hart angepakt!“

„Wat?“ rief Quaddelmehel, „jeht brauchst du bloß noch zu sagen, ich wär' sterngranatenhagelvollgefoffe! Herr Stadesbeamte, bei alle Respekt —!“

„Sapperlot!“ unterbrach ihn Kladdor zornig, „was fällt Ihnen denn bei?! Entfernen Sie sich augenblicks alle beide! Sie vergessen wohl, wo Sie sind! Das ist hier das königlich-preussische Stadesamt und keine Schifferkneipe!“

„Herr Kladdor, nix für ungu! —“ wollte Grades ärgerlich widersprechen, aber Kladdor rief:

„Nichts! Nichts! Gehen Sie augenblicks! Kommen Sie meinetwegen am Nachmittag wieder, wenn Sie sich über die Art, wie Sie hier auftreten müssen, im Klaren sind. — Jetzt machen Sie keine Umstände, sonst zwingen Sie mich zu unangenehmen Maßregeln!“

Damit beugte sich Kladdor wieder über seine Bücher und schrieb weiter.

Den beiden blieb nichts übrig als zu gehen.

Draußen im Korridor packte der erhobte Grades Quaddelmehel derb am Arm, drängte ihn voran und knurrte dabei:

„Du, Sappermeter! Dich möcht' ich ja kalfatern und teeren von den Spanten bis nach 'n Schanzed rauf!“

„Du hältst mich sollen in Ruh lassen!“ rief Quaddelmehel und strengte sich vergebens an loszukommen.

Als sie wieder in die Sonne traten, sagte Grades zu Drögenbid, der noch unter den Säulselblumen und Schneeglöckchen dastand:

„Drögenbid, gebt einen Augenblick auf den armen Mann acht! Der ist ein bißchen doll im Kopp!“

Und der Quaddelmehel etwas entgegen konnte, war Grades wieder rasch zurückgegangen zu Kladdors Tür und klopfte wieder an.

\*) = Quertreiber.

der Herr Angeklagte — pardon, der Herr Nebenkläger — sich bei seinem Eintritt in den Ausschussrat nicht gesagt, daß sein politischer Einfluß bei seiner Aufnahme in den Ausschussrat von den Angehörigen herab, der als Ausschussrat in eine Gesellschaft eintritt, und es gibt doch schließlich kein Gesetz, das einem Abgeordneten die Übernahme solcher Posten verbietet. — Helfferich: Waren die 40000 M. eine garantierte Ausschussrats-Erstattung oder haben andere Mitglieder des Ausschussrates höhere oder geringere Summen bezogen? — Erzberger: Die anderen Herren gehörten zum großen Teil der Familie oder dem Direktorium an, und bezogen auch noch Kontingenzen aus den Werken. — Vork.: Galten Sie 40000 M. für zu hoch? — Helfferich: 40000 M. sind sehr reichlich. Aber daraus will ich nicht folgern, daß in der Sache irgend etwas nicht in Ordnung war. — Vork.: Herr Erzberger, Sie waren erst Annerionist, dann Gegner der Annerion. Sie standen nachher auf dem Standpunkt des entschädigungslosen Friedens. Wann trat diese Wandlung bei Ihnen ein? — Erzberger: Die erste Wandlung in mir vollzog sich nach der Marne-Schlacht. Als Bericht-erstatler des Militäretats 1911/12 und 1913 ermahnte ich Dinge, die ich weder meinen Parteigenossen, noch dem Reichstag nennen durfte. Und ich muß sagen, man schenkte mir in diesem Punkt, selbst von sozialdemokratischer Seite, volles Vertrauen, wenn ich daraufhin für die Bewilligung gewisser Mittel eintrat. Ich kannte schon vor dem Kriege den

#### Angriffsplan für den Zweifrontenkrieg.

Plan stand fest, daß der Krieg verloren war, wenn wir die Franzosen nicht innerhalb 6 Wochen niederwarfen. Die Befestigung von Straßburg und die Weichselbefestigungen, ebenso die Mittel für die 42er Geschütze waren im Etat verdeckt angefordert. Man wollte im Osten einen Korridor ziehen und die Russen eine Strecke weit hineinlassen, um nach Befestigung der Franzosen nach Osten zu gehen und dort weiter zu kämpfen. Ich kannte den ganzen Aufmarschplan, die Ausweichlinie der strategischen Bahnen usw., ganz genau. Nach der Marne-Schlacht wußte ich, daß General

#### Schiffenskriegsplan vernichtet

war. Mein Glaube an unseren Sieg war erschüttert. — Vork.: Sie wurden entsprechend der Verschlechterung unserer Lage stets gemäßigter. Ihre Beziehungen zur Schwerindustrie waren dabei also ohne Einfluß auf Ihre politischen Anschauungen? — Helfferich: Die Stellung Erzbergers ist doch vor allem bestimmt durch den Tod des Kaisers Franz Joseph. Nach dem Thronwechsel war in Berlin ein anderer Wind zu spüren. Erst da ging Herr Erzberger zum Anti-Annerionismus über. — Vork.: Objektiv mag es ja richtig sein, daß der Herr Nebenkläger durch die neue österreichische Politik bestimmt wurde. Aber finanziell wurde er doch sicherlich durch die Wiener Politik nicht berührt. — Oberstaatsanwalt Krause: Am 18. Mai 1917 soll die Lage nach Aussage des Geheimrats Duisberg sehr bedrohlich gewesen sein. Es konnte aber durch die Aufgabe dieses Zeugen so scheinen, als hätten Sie, Herr Nebenkläger, damals noch Ihren Annerionistandpunkt verteidigt. — Erzberger: In der Unterredung mit Duisberg und Töhlgen wurde lediglich über die Propaganda wegen der Erwerbung des Griechischen Erbes gesprochen. — Helfferich: Töhlgen sicherte sich zu Duisberg, daß man im Hauptquartier auf dem Standpunkt der Annerion stand. Kann Herr Erzberger unter seinem Eid auslegen, daß er nicht für eine bedingungslose Annerionspropaganda eintrat? — Erzberger: Töhlgen wußte genau, daß ich in diesem Punkt anderer Ansicht war. Die Oberste Heeresleitung wollte das Oberleitend gegen das Erbe von Griechenland austauschen. — Helfferich: Ich erkläre ausdrücklich, daß die Absicht eines solchen Austausches im Ernst niemals bestanden hat, weder bei der Heeresleitung, noch bei der politischen Leitung. Töhlgen schloß sich beruhigt nach seinem Besuch im Hauptquartier. Dann tauchten aber gegenseitige Meldungen auf. Darauf konterte Töhlgen mit Duisberg und setzte Erzberger in Bewegung, um die Propaganda für die Annerion des Griechischen Erbes in die Wege zu leiten. Hat Herr Erzberger die Einmündung gemacht, daß er keine Annerionspropaganda, sondern lediglich eine wissenschaftliche Aufklärung über den Wert der Erbschaft übernehmen wollte? Der Reichskanzler war bemüht, die Oberste Heeresleitung von ihrer

#### wilden Annerionspropaganda

abzubringen. Hat Herr Erzberger nun andere amtliche Stellen in Bewegung gesetzt, um die Propaganda zu beginnen? — Erzberger: Etwas habe ich Töhlgen bereits 1915 berichtet, daß nur auf dem Wege des Austausches etwas zu erreichen sei und daß ich nur die für eintraten würde. Zweitens hat Geheimrat Duisberg gesagt, daß die D. S. L. den territorialen Ausgleich zwischen dem Erben von Longwy und Griechenland und dem Oberleitend nicht suchte. Oberst Bauer kam im Auftrag der D. S. L. zu mir und sagte, ich solle auf die Wichtigkeit von Longwy und Griechenland aufmerksam machen. Bei meiner Propaganda sind irgendwelche Reichsgelder nicht verwendet worden. Ob das von anderer Seite gelohnt, weiß ich nicht.

Nach einer kurzen Pause verzichteten beide Parteien auf die Vernehmung des Geheimrats Lenkin. — R. A. Alsborg: Ein Friedenswille zeigen wollen. Es liegt unmittelbar darauf eine Propaganda ein, auf Belgien und die Erzgruben nicht zu verzichten. Hat diese Propaganda besonders in Frankreich bestimmend gewirkt? — Erzberger: Ich wüßte nicht, daß man in Frankreich darüber mehr verstimmt war, als anderswo. — R. A. Alsborg: Die Forderung nach Krieg bildete doch ein starkes Friedenshindernis. Haben Sie die deswegen Protest erhoben? — Erzberger: Der Frieden ist durch Schumann-Holweg sabotiert worden. — R. A. Alsborg: Ich wüßte damit nur schließen, daß Sie nicht öffentlich gegen den Annerionismus aufgetreten sind. Ist es nicht richtig, daß als man von Ihnen verlangte, Krieg müsse von Deutschland gehalten werden, Sie darauf gesagt haben, eine solche Erwiderung sei im Rahmen Ihrer Friedensresolution möglich? Haben Sie erklärt, daß die Annerion mit der Friedensresolution vereinbar ist? — Erzberger: Ich kann mich heute nicht auf jede Unterredung mehr bekennen. Es mag auch sein, daß Leute kamen, denen ich nicht jeden an anderer Stelle getanen Rat nach mitgeteilt habe. Als Politiker habe ich das nicht nötig. (Bewegung.) Traurig der Staatsmann, der seine letzten Karten aufzugeben gezwungen ist. — R. A. Alsborg: Als der Kaiser im Zusammenhang mit der Friedensresolution von dem Auslande sprach, hätten Sie doch Helfferich fröhen müssen, warum er den Kaiser so falsch informiert habe. — Erzberger: Das habe ich nicht getan. Aber meine Freunde und ich sprachen unter Bekannten hierüber aus. — R. A. Alsborg: Haben Sie nicht den Reichskanzler über diese Angelegenheit informiert? — Erzberger: Dem lag kein Grund vor. — R. A. Alsborg: Hatten Sie keinen Zweifel darüber, daß der Kaiser Helfferich etwa mißverstanden habe? Sie sagten doch, daß Sie damals als monarchistischer Gedanke irre geworden sind. Aber entweder hatte Helfferich den Kaiser falsch informiert, dann trat der Kaiser keine Schuld und Sie brauchen an dem monarchistischen Gedanken nicht irre zu werden. Oder aber, der Kaiser war von Helfferich nicht falsch informiert, sondern er hatte sich das alles nur so zusammengebastelt. Sie bekümmern mich aber, daß Sie sich wegen dieser angeblich falschen Information in einer politischen Angelegenheit von der höchsten Bedeutung nicht an den Reichskanzler gewendet haben, wie es doch unbedingt nötig gewesen wäre. — Vork.: Das ändert doch wohl nicht hierher. — R. A. Alsborg: Ich habe diese Ausführungen nur gemacht, weil der Herr Nebenkläger Erklärungen abgegeben hat, in denen es so scheinen konnte, als habe Helfferich mit unzulässiger Charakterlosigkeit gehandelt und als seien erst hierdurch Differenzen zwischen den Parteien entstanden. — Vork.: Dabei kommen wir aber vom Hundertsten ins Tausendte. Wir können doch hier nicht entscheiden, ob Herr

Helfferich dem Kaiser eine falsche Information gegeben hat. — Reichsanwalt Alsborg: Die Eingabe bezüglich der Abtretung des Griechischen Erbes vom 28. Mai ist von der Firma Töhlgen verfaßt, aber von Herrn Erzberger überreicht worden. Hierin wird unter dem Hinweis, daß späterhin mit Frankreich ein Zusammenarbeiten nicht möglich erscheint, ein Schwadenkrieg durch französisches Eigentum in Frankreich oder Deutschland gefordert. — Oberstaatsanwalt Krause: Herr Zeuge, Sie waren also von vornherein der Ansicht, daß nur eine Inbetriebnahme, nicht eine Ubergabe in Betracht komme. — Erzberger: Jawohl. — Angeklagter: Ist dem Herrn Zeugen nicht bekannt, daß er vom Chef des Reichsamts des Innern, nämlich von mir, aber so verstanden worden ist, und deswegen abgelehnt wurde? Wertwürdigerweise traf die Eingabe gerade einen Tag nach meinem Amtsantritt im Reichsamt des Innern ein. Es handelte sich also offensichtlich um einen Versuch, den neuen Staatssekretär für den alten Plan

der Ubergabe zu gewinnen. Die Logik des ersten Teiles der Eingabe hat auch nur den Sinn, wenn man in der Eingabe wieder auf Ubergabe zurückkommen will. Man kann den Sinn doppelt aufkloffen. Ich selbst habe nämlich bei allen Liquidationsverträgen Geheimkläusen einfügen lassen, daß die Unternehmen nach Friedensschluß dem Reich zum Ankaufspreis von den Interessenten zurückgegeben werden müssen. Unterstaatssekretär Richter kam nämlich zu mir mit den Worten: „Sehen Sie doch mal hier, was Erzberger von uns verlangt. Das können wir doch unmöglich machen.“ Ich habe damals Richter gesagt, er möge Erzberger zu mir schicken. — Erzberger: Der Amtsantritt ist ganz ohne Belang. Ich habe niemals die Auffassung einer Ubergabe vertreten. — Erster Staatsanwalt v. Clauswitz: Dann handelt es sich also um ein Mißverständnis im Reichsamt des Innern. — Helfferich: Meine ganze Unterhaltung mit Erzberger diente nur den Zweck, ihm den Gedanken dieser Ubergabe auszureden. — Erzberger: Ich wüßte ja gar nicht überlegen lassen. — Helfferich: Nun frage ich um alles in der Welt, wenn Erzberger und Töhlgen keine Ubergabe wollten, weshalb sollten sie dann den Antrag vom 30. Juni? Ich kann auch nachweisen, daß die Unterhaltung in dem von mir angegebenen Sinne geführt worden ist. Ich habe hier einen Artikel von mir, der in der „Kölnischen Zeitung“ als Antwort auf einen Artikel Töhlgens erschienen ist, und in dem ich aus meinem Gedächtnis heraus dieselben Angaben über diese Unterhaltung machte. Erzberger: Ich erkläre unter Eid aufs Bestimmteste, daß ich nie von Staatssekretär Helfferich die Ubergabe der Erben verlangt habe. Weshalb hat der Angeklagte, angesichts der Schwere des Vorwurfs, den er mir macht, nie dem Reichskanzler davon Mitteilung gemacht? Warum hat er ihm gegenüber nie darauf hingewiesen? — Angeklagter: Ich habe dem Herrn Reichskanzler mehrmals davon Mitteilung gemacht. — Vork.: Wir können doch nun nicht den Reichskanzler auch noch als Zeugen laden. Wir haben doch hier nicht festzustellen, ob Herr Erzberger ein guter oder ein schlechter Politiker war, wir müssen uns lediglich an die Sache halten.

Aus der weiteren Vernehmung des Zeugen geht hervor, daß er aus dem Ausschussrat Töhlgen Mitte September 1917 ausgeschieden ist. Bis 1. Januar hat er dann noch seine Bezüge erhalten, also in 9 1/2 Jahren seiner Tätigkeit 100 000 M. Er ist ausgeschieden, weil seine politische Haltung zu der des Herrn Töhlgen in starkem Widerspruch stand, so daß ein ferneres Zusammenarbeiten im Konzern nicht mehr möglich war. — Vork.: Wann ist die Wandlung in Ihren Anschauungen eingetreten? — Erzberger: Es begann schon mit der U-Boot-Frage. Mein Austritt ist dann aber erst nach der Friedensresolution erfolgt. Er ging von mir aus.

#### Es entspinnt sich nun

#### ein lebhafter Streit

zwischen dem Angeklagten und dem Zeugen darüber, ob der Anlaß zu Erzbergers Ausscheiden nicht davon ausgeht, daß Töhlgen nicht der Ansicht war, daß die Verwirklichung der Annerion von Griechenland dieser Friedensresolution nicht im Wege gestanden habe. Immer wieder legt Helfferich Wert auf die Feststellung, daß Erzberger gerade deswegen aus dem Konzern ausgeschieden ist, weil nach Ansicht Töhlgens sich diese beiden Punkte nicht vertugten. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß Erzberger von Töhlgen also gewissermaßen den Rot zum Rot zurück erhalten habe. Noch lebhafter wird die Kontroverse bei der Frage der Ausfuhrzölle. Auf Vorhalten des R. A. Dr. Alsborg muß Erzberger schließlich zugeben, daß möglicherweise Ministerialdirektor Müller bei der Besprechung der geplanten Abgabenvorlage mit ihm den gedruckten Gegenentwurf in der Hand gehalten haben kann. — Helfferich: Dem Herrn Zeugen scheint sein Gedächtnis stark im Stich zu lassen. Ich weiß positiv, daß der Gegenentwurf bereits gedruckt war, und daß ihn mein Beamter zu dieser Besprechung bekommen hatte. Der Vizepräsident Erzbergers war so froh, daß ich schweren Herzens die Vorlage, obgleich sie bereits die Unterschrift Sr. Majestät trug, zurückgezogen habe, um nicht der Gefahr auszuliegen, aus vor dem Auslande zu kompromittieren. — (Mit erhobenen Stimme): Herr Erzberger, ich frage Sie, hätten Sie Ihre Vorkürfe im Reichstage später auch dann erhoben, wenn Sie noch im Töhlgen'schen Ausschussrat gewesen wären? — Erzberger: Das weitere werden ja die Zeugenaussagen ergeben. Im übrigen ist immer darauf hingewiesen worden, daß solche Abgaben erwünscht seien. — Vork.: Ist dieser Hinweis auch zu der Zeit schon erfolgt, als Sie noch im Ausschussrat waren? — Erzberger: Jawohl. — Helfferich springt auf: Auch von Ihnen, Herr Erzberger? — Erzberger: Das weiß ich nicht! (Hellerkeit im Zuschauerraum.) Vork.: Was ist denn das für eine Unruhe? Ich lasse den Zuschauerraum sofort räumen, wenn die Herrschaften sich etwa einbilden, daß hier Theater ist! — Es folgt nun eine ziemlich erregte Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien, in die auch die Verteidiger wiederholt eingreifen. Der ganze Streit dreht sich, wie der Vorsitzende schließlich feststellt, um die Tatsache, daß Erzberger, solange er im Töhlgen'schen Ausschussrat war, für Ausfuhrabgaben nicht zu haben war, daß er aber nach seinem Ausscheiden aus dem Konzern sich sehr lebhaft dafür einsetzt habe. — Zum Schluß fragt Helfferich sehr erregt: Herr Erzberger, ich möchte Sie nur fragen, ob Sie im Reichstag auch für die Ausfuhrabgaben gesprochen hätten, wenn Sie noch im Ausschussrat geblieben hätten? — Und da Erzberger nicht sofort antwortet, erklärt Helfferich: Ich will den Herrn Zeugen nicht in Verlegenheit bringen. Ich verzichte auf die Antwort. — Erzberger antwortet hierauf nicht.

Die Verhandlung wird auf Sonnabend früh 9 1/2 Uhr vertagt.

## Groß-Berlin

### Siedlung und Arbeit.

Zur Beseitigung des Wohnungsfehlers in Groß-Berlin ist, wie man uns schreibt, ein Darmstädter Schriftsteller mit einem neuartigen Vorschlag an die Stadtverwaltung herangetreten. Es wird vorgeschlagen, während der Sommerferien die untätigen Arbeitskräfte der Studierenden, älteren Schüler höherer Lehranstalten und Fachschulen in den Dienst sozialer Arbeit zu stellen. Die jungen Leute sollen zeigen, daß sie soziales Verständnis haben und gegen freie Verpflegung, Unterkunft und Bestellung von Arbeitsanliegen am Bau proletarischer Siedlungen arbeiten helfen. Die Stadt soll Baugebäude, Holz aus städtischen (oder überwiehen aus staatlichen) Waldungen, Zement, Lehm und anderes Material zur Verfügung stellen. Wie im Felde sollen hier auf einfachste Weise wohnliche Häuser mit kleinen Gärten erbaut werden. Soweit der Vorschlag, der nicht klar erkennen läßt, ob noch dem Gedanken seines Verfassers ein Zwang auf die

Schüler, soweit die Arbeitsleistung in Betracht kommt, ausgedrückt werden soll. Falls der Verfasser an eine Pflichtleistung denkt, so geht es wohl nicht an, diese ohne jedes Entgelt zu fordern, denn schließlich ist jeder Arbeiter seines Lohnes wert. Und falls an eine Pflichtleistung nicht gedacht ist, wäre als Wichtigstes in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch dem Schüler (evtl. für seine Angehörigen) zum mindesten ein Mitbestimmungsrecht an der Ausrichtung seiner Arbeit zuerkannt werden muß. Denn andernfalls ließe das Ganze auf eine Frontarbeit hinaus, von der doch nie und nimmer die Rede sein kann. Wie der Vorschlag sich augenblicklich darstellt, ist er unüberwindlich und schwebt in der Luft wie viele Projekte ähnlicher Art, durch die das schwierige Problem nicht gelöst werden kann.

Die Siedlungsfrage ist auch weniger als der Einflußer glaubt, mit der Frage der fehlenden Arbeitskräfte verknüpft. Ganz andere, viel schwerere zu lösende Fragen spielen hier mit, wenigstens soweit die Berliner Verhältnisse in Betracht kommen. Die Berliner Stadterordnetenversammlung hat sich in ihrer gestrigen Sitzung — wie unsere Leser an anderer Stelle finden — auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hin, mit der Einrichtung eines städtischen Siedlungsamtes beschäftigt und in diesem Rahmen dürfte die Lösung der Siedlungsfrage am ehesten Erfolg versprechen.

#### Zeitungsspreiherhöhung der Berliner Zeitungen.

Die Zeitungen Berlins erhöhen ab 1. Februar ihre Abonnementspreise ganz beträchtlich. Die hohen, fortgesetzt steigenden Unkosten zwingen dazu. Rünftig gelten folgende Abonnementspreise pro Monat:

Zeitung	7.50 M.	2.— M.	M. mehr
Börsliche Zeitung	4.35	(1.10)	—
Berliner Morgenpost (einmal tägl.)	5.60	(2.—)	—
Berliner Lokal-Anzeiger	7.50	(2.—)	—
Berliner Tageblatt	4.35	(1.10)	—
Berliner Volkszeitung	6.—	(1.50)	—
Tägliche Rundschau	7.—	(2.—)	—
Berliner Börsen-Kurier	7.50	(2.50)	—
Berliner Börsen-Zeitung	7.—	(2.75)	—
Kreuz-Zeitung	5.—	(1.50)	—
Deutsche Zeitung	5.—	(2.—)	—
8-Uhr-Abendblatt (einmal tägl.)	5.—	(1.50)	—
Die Post	5.50	(1.—)	—
Vorkurs	5.50	(1.—)	—

#### Keine Vorkursen mehr.

Der Kultusminister hat eine Verfügung erlassen, wonach die staatlichen höheren Lehranstalten zum April neue Schüler für die Vorkursen nicht mehr annehmen dürfen. Damit ist das Schicksal der Vorkursen besiegelt. Die Groß-Berliner Gemeinden haben in Erwartung einer derartigen Verordnung fast annehmendes keine neuen Anmeldungen für die Vorkursen zugelassen. Nachdem nun die endgültige Entscheidung des Ministers erfolgt ist, werden auch die Groß-Berliner Vorkursen abgebaut werden.

#### Betriebsräteausfuss.

Im heutigen Vortragabend wird Genosse Dr. Striemer die „Unternehmensformen“ behandeln. Beginn 8 1/2, im Herrenhaus.

#### Vorkünftig keine Einstellung des Omnibusverkehrs.

Die Schwierigkeiten in der Unterhaltung des Omnibusverkehrs sollen nach der Nachricht eines Berliner Blattes mit zur Einstellung des gesamten Berliner Omnibusverkehrs in absehbarer Zeit führen. Wie uns die Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft dazu mitteilt, sind im Augenblick keine Maßnahmen getroffen worden, die auf eine endgültige Einstellung des Betriebes hinführen. Die Schwierigkeiten zur Aufrechterhaltung sind allerdings groß, doch wird man, solange es irgend möglich ist, die Omnibusse, die als Verkehrsmittel heute schwerer denn je zu erhalten sind, beibehalten.

Oberlehrer! Ehrenpflicht eines jeden Oberlehrers ist es, zur Abstimmung zu fahren, insbesondere, da freie Reise, Verpflegung und Unterkunft gewährt wird. Jeder lasse sich in unsere Listen eintragen und gebe seine Adresse und die seiner Bekannten der Zentrale der V. der heimatstreuen Oberlehrer Groß-Berlin, Kommandantenstr. 35, ab.

Zur Wahl der Elternbeiräte in Neukölln. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß in den in den Schulen verteilten Anmeldebogen für die Aufnahme in die Wahllisten irrtümlich auch die Pflegerlisten aufgeführt worden sind. Nach den ministeriellen Bestimmungen sind nur die Eltern und Adoptiveltern wahlberechtigt. Pflegerlisten und Vormünder besitzen kein Wahlrecht.

Reptilien-Sternwarte. Die Leistungsgrenze von Kame, Fernrohr und Mikroskop lautet das Thema des Experimentvortrages, den Dr. B. Voltmann am Sonnabend, den 27., 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Reptilien-Sternwarte hält.

Im Böhmischen Brauhaus (Landsberger Allee) findet heute abend 7 1/2 Uhr ein Straußabend unter Leitung von Karl Siegel, ausgeführt vom Sächsischen Orchester, statt. Nach dem Konzert Tanzunterhaltung.

Der Deutsch-Ostauische Heimatsbund (Zweigverein Berlin) versammelt sich am 26. Januar, 7 1/2 Uhr, im Festsaal des Herrenhauses, Leipziger Str. 2 — Vortrag mit Bildern: „Die russische Revolution.“ Bitte mitkommen.

Zum Heilen heimatlos gewordener Volksgenossen aus den Grenzgebieten findet am Dienstag, 10. Februar, abends 7 Uhr, unter Leitung von Prof. Rabel im Dom zu Berlin ein Konzert statt, zu dem Prof. Walter Fische, Emmi Weisner und das Singler-Quartett ihre Willkommensgastspiele haben.

Charlottenburg. Stadterordnetenversammlung. Nach Einsetzung zweier Stadterordneter, unter denen sich an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Kano der Genosse Pische befand, wurden 400 000 M. zum Ankauf für Wäsche und Kleiderstoffe für die Armen- und Waisenverpflegung bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde Klage darüber geführt, daß Stoffe und Wäsche aus Speeresbeständen, die im Eispalast in Berlin lagern, an private Händler abgeführt werden. Der Magistrat will sich mit der in Frage kommenden Stelle in Verbindung setzen, um festzustellen, ob die erhobenen Vorkürfe berechtigt sind. Der Oberbürgermeister führt aus, daß der Magistrat grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß Waren aus Speeresbeständen unter allen Umständen zuerst den Kommunen anzubieten sind. Dem Antrag auf Einrichtung eines Kleingartenbauamtes wird von allen Parteien zugestimmt. Der Magistrat hat sich bereit erklärt, eine solche Einrichtung zu schaffen und sie der Partverwaltung anzugehen. Diese ist verpflichtet, zu Verhandlungen zwei Sachverständige aus den beteiligten Organisationen hinzuzuziehen. Einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für die schwerbeschäftigten Kriegsinvaliden freie Fahrt oder Fahrpreismäßigung auf den Straßenbahnen beim Zweifelsdoub zu beantragen, wird ebenfalls zugestimmt. Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Kriegshinterbliebenen eine Teuerungszulage von 100 M. und für jedes Kind 50 M. zu geben, wird einer Kommission zur Beratung überwiesen. Der Magistrat erklärt sich grundsätzlich mit dem Antrage einverstanden.

Unter großer Spannung wird schließlich folgende Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt: „Was hat der Magistrat getan, um die Schuldigen an der Stillelegung des Wasenwerks, wodurch die gesamte Bevölkerung Charlottenburgs und in allererster Linie die Arbeiterschaft geschädigt worden ist, zur Rechenschaft zu ziehen? Was beabsichtigt der Magistrat zu tun, um in Zukunft die städtischen Werke und ihre Arbeiter vor Terror zu schützen?“ Die demokratische Fraktion hatte eine ähnliche Anfrage gestellt. Ge-





bestehen, so schnell wie möglich ebenfalls ausgewiesen werden.

Die Mitteilung, daß die in Belgien bisher zurückgehaltenen Geiseln in einem Durchgangslager eingetroffen seien, ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, unrichtig. Bisher hat die belgische Regierung nur beim Kriegsministerium angefragt, wohin die Geiseln zu entlassen seien. Dessen Freilassung ist also sicher.

An der Grenze des Gebietes bei Bergisch-Born und an der Münglinger Brücke haben die Engländer die Eisenbahngleise aufgerissen, so daß die unmittelbare Bahnverbindung unterbrochen ist. Die Engländer befürchten offenbar Unruhen in Deutschland und wollen das Uebergreifen ins besetzte Gebiet möglichst verhindern.

### Die Finanzlage Frankreichs.

Finanzminister Klotz hat in der Kammer das Budget für 1920 vorgelegt. Die ständigen Ausgaben betragen rund achtzehn Milliarden. Von den beiden außerordentlichen Budgets umfaßt das eine die Deckungen für die Anleihen im Betrage von siebenhundert Milliarden, das andere die Zahlung der Militärpensionen und Entschädigungen, die später von Deutschland und seinen ehemaligen Alliierten zurückgezahlt werden sollen, in Höhe von etwa zweitausendzwanzig Milliarden. Die normalen Einnahmen werden auf neunhundert Milliarden geschätzt. An neuen Einnahmen sucht Klotz durch Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung 33 Millionen zu gewinnen, durch Erhöhung der Posttaxen und der Sätze für elektrische Kraft 414 Millionen, durch die Steuer auf den erworbenen Reichtum eine Milliarde 416 Millionen, durch eine Erhöhung der indirekten Kriegsteuer eine Milliarde 863 Millionen, durch verschiedene Neubelastungen für Registrierung um 210 Millionen, durch das Einkaufsmonopol raffinierter Oele 35 Millionen, durch eine Zage auf den geschäftlichen Umsatz vier Milliarden 200 Mill. Der Finanzminister rechnet damit, daß die regelmäßigen Einnahmen durch diese Steuern um acht Milliarden 271 Millionen erhöht werden. Der neue Finanzminister Marial scheint jedoch nicht aktiv, die Steuerentwürfe des Finanzministers Klotz vollzogen zu übernehmen. Er tritt für ein neues Steuerregime ein, das sich nicht auf das persönliche Einkommen stützt, sondern auf die tatsächlichen Einkünfte.

### Der rote Osten.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das offizielle Organ der russischen Räteregierung veröffentlicht einen interessanten Bericht über einen eigenartigen bolschewistischen Propagandasatz, der von Moskau nach Turkestan abgeschickt wurde. Der Zug trägt den Namen: „Der rote Osten“. Der Stab des Zuges setzt sich in der Mehrzahl aus mohammedanischen Bolschewisten zusammen. Der Transport fährt große Mengen bolschewistischer Literatur mit sich, die aus dem russischen in die meisten orientalischen Sprachen übersetzt wurden. Die Ruhe Englands wird dadurch sicher nicht gefährdet.

### Kleine politische Nachrichten.

Attentatsverurteilung. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat heute ein 96 Seiten langes Bericht über die Attentatsverurteilung des Wilsons in den Jahren 1916/17 entworfen. Die ersten 74 Nummern behandeln den diplomatischen Verkehr zwischen Berlin und Washington in der Zeit vom 11. April 1916 bis zum 15. Februar 1917. Die Attentatsverurteilung des Wilsons ist am 12. Dezember 1918.

Dr. Alphons Goldschmidt ist aus der Haft entlassen; seine „Reise-Zeitung“ bleibt verboten. In der „Soz. Korr.“ teilt Gen. Heimann mit, daß der ihm gut bekannte Kommunist Dr. Paul Levi stets gegen Deutsche aufzutreten sei.

### Der Zentrumsparlamentstag.

(Schluß aus der Werdauausgabe.)

In der Diskussion über die Referate Mausbach, Raas und Schlich sprach Abg. Spahn über das zukünftige Reichstagswahlsystem. Weiter führte er aus, daß sich auch das Zentrum wie alle anderen Parteien irren könnte; es habe aber diesen voraus, daß es sich in allen seinen Handlungen orientiere an der Lehre der Kirche. Aufgabe der Partei sei es, die Rechte zu halten und zu führen. Prof. Dr. Schreiber rechnete scharf mit den Deutschnationalen ab, die mit ihrer antisemitischen Hebe die christliche Lehre zerhören. Scharf trat er gegen jede Ausnahmegebung und für den Schutz der kirchlichen Minoritäten ein. Den Antisemitismus muß man bekämpfen, da er sich als politisch untragbar erweisen habe. Wer ihn trägt, besorge die Geschicke der Deutschnationalen! Im weiteren Verlauf der Debatte wird die Ausschaltung des kirchlichen und religiösen Juges aus den Geschichtsbüchern der Schule verlangt und die Einsetzung einer Schulkommission begrüßt. Geheimrat Marx wies noch einmal auf die Vorteile der Verfassung hin und trat dem Bericht entgegen, das behauptet, Erzhilber trage die Schuld an der Annahme des Schulkompromisses.

Nach Beendigung der sehr ausgedehnten Debatte erstattete Abg. Herald den Bericht über die Beratung der Anträge eingeleiteter Ausschüsse. Bis auf acht wurden alle Anträge dem Parteipraktikationsvorstand überwiesen. Die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegten Anträge fanden einstimmige Annahme. Der erste Antrag erklärt das außerordentliche Einverständnis des Parteitag mit der Vertretung des Zentrums an der Koalitionsregierung und spricht der Nationalversammlung sein volles Vertrauen aus. In einem anderen Antrag wird die Entzweiung ausgesprochen, daß das Reichsparlament sowie die Einzelparlamente sich auf die Verabschiedung der unumgänglich notwendigen Gesetzesentwürfe beschränken, um eine allseitige Reue zu ermöglichen. Der Parteitag erklärt, daß „eine selbstige, planmäßige, dem Gesamtinteresse gerecht werdende, aber schließlich restlose Aufhebung der Zwangsvereinspflicht erforderlich ist, um einerseits die Produktionsfähigkeit und Produktionsfähigkeit zu haben und andererseits einer schnellen Preisbildung die Wege zu ebnen“. Für den Reichswirtschaftsrat wird eine stärkere Vertretung für Land- und Forstwirtschaft gefordert. Ein anderer Antrag fordert den organischen Ausbau des Reiches in der Weise, daß gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder gebildet werden. Soweit auf Grund des Artikels 18 der Verfassung von der beteiligten Bevölkerung der Wille zur Schaffung neuer Länder geäußert wird, soll das auf der Grundlage tatsächlicher landmannschaftlicher Zusammengehörigkeit im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Rücksichtnahme des Volkes geschehen. Mit dem organischen politischen Ausbau des Reiches soll der Ausbau der beruflichen Wirtschaftsorganisation Hand in Hand gehen. Weiter finden einstimmige Annahme zwei Entschlüsse betreffend die Parteiorganisation und die Parteipresse. Es bewegen sich im Rahmen des Sekretes Dr. Bruns.

Nach der Abstimmung erklärte Reichspostminister Giesberts, daß die Sozialpolitik beim Zentrum kein bestimmtes Bekenntnis gefunden habe. Weiter führte der Minister aus: Die deutsche Industrie ist mit Schwierigkeiten durchweg konfrontiert, aber ihre Erzeugung scheint gegenwärtig an der Kohlenfrage. Es muß laut und deutlich ausgesprochen werden: Schaffen

wir Kohle, dann haben wir Arbeit und Brot. Wir müssen aus dem Kohlenbergwerken herausholen, was herauszuholen ist. Gelingt es uns nicht, die Kohlenproduktion zu steigern und unsere gesamte Exportindustrie in Arbeit zu setzen, dann erleben wir im Mai und Juni die größte finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe. Unsere Lebensmittelförderung ist evtl. genug, und ohne Zufuhren von Auslande werden wir nicht auskommen. Die Möglichkeit solcher Zufuhren hängt ab von unserer Exportmöglichkeit. Kohle ist heute Gold und darum kann uns vor der angekündigten Katastrophe nur eine verstärkte Kohlenförderung helfen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unserer deutschen Bergbauindustrie müssen alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Kohlenförderung zu steigern. Die Einführung der Sechshundertschicht erscheint nach Lage der Dinge eine glatte Unmöglichkeit. Die Regierung steht geschlossen auf dem Standpunkt, daß die Einführung der Sechshundertschicht jetzt der Ruin unserer Wirtschaftslage und die Hungerkatastrophe für Deutschland bedeuten würde.

Wir müssen die Bergarbeiter bitten, das ihnen zugewiesene große Maß von Opferwilligkeit zu bringen. Es ist nicht nur notwendig, die Sechshundertschicht beizubehalten; wir müssen darüber hinaus versuchen, durch Nebenarbeiten und Überstunden eine erhöhte Förderung zu erzielen. Die Bergleute können die Reiter unseres Volkes und unseres Landes sein, und wenn jeder Bergmann von der großen Verantwortung überzeugt ist, die auf ihm ruht, so wird er nicht widerstreben, durch vermehrte Arbeit die Kohlenproduktion zu fördern. Dabei betrachte ich es als selbstverständlich, daß die Bergleute ausreichende Ernährung erhalten, ohne die die vermehrte Arbeit nicht geleistet werden kann. Von den Bergwerksbesitzern erwarten wir, daß alle technischen Möglichkeiten ohne Rücksicht auf die Frage des persönlichen Höheren oder niederen Gewinnes restlos ausgenutzt werden, um die Kohlenförderung zu steigern. Die Bergleute können Deutschland vor dem vollen Zusammenbruch und vor dem Untergang retten und sie werden es tun, weil sie ebenso verantwortungsvolle Staatsbürger wie freie Arbeiter sind. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Präsident Rechenbach und Vizepräsident Borch treten diesem Appell des Ministers an die Bergleute bei und das Haus erhebt sich zum Zeichen des Einverständnis.

Abg. Ullrich (Radikal) übertrug dem Parteitag die Abschiedsrede und das Zeugnis über die aberschiedenen Bevölkerung zum Reich und zur Zentrumspartei. Unter lebhaftem Beifall richtete Präsident Rechenbach, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben, an alle auf Grund des Friedensvertrages aus dem Reichsverband scheidenden Deutschen folgende Worte des Abschiedes und gibt der Hoffnung auf baldige Wiedervereinigung Ausdruck.

Es folgen dann die Wahlen zum Reichsparteivorstand. Dieser setzt sich zusammen aus dem ersten Vorsitzenden, zu dem Abg. Justizrat Trimborn gewählt wird, aus 4 Ehrenvorsitzenden (Rechenbach, Borch, Dr. Hise und Dr. Spahn), 4 stellvertretenden Vorsitzenden (Wurlow, Dr. Brandt, Dr. Borch und Stegwald), 12 Beisitzern, 4 Schriftführern und 2 Redaktoren. Der Reichsparteiausschuß setzt sich zusammen aus 55 Personen.

Danach sind die Arbeiten des Parteitages beendet. In seiner Schlussrede betont Präsident Rechenbach, daß die Geschlossenheit und Einheit des Zentrums gesichert sei. Das geht besonders aus dem Vertrauensvotum für die Reaktion und der Zustimmung des Parteitages zum Beitritt des Zentrums zur Koalitionsregierung hervor. Für die Zukunft werde man sich natürlich in dieser Frage alle Taten offenhalten.

### Beamtenbesoldung.

Die Preussische Landesversammlung hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Umänderung der mittelbaren Sozialämtern und Beisitzerpersonen aus den abzustellenden oder besetzten Gebietsstellen an den Ausschuss verwiesen und den Gesetzentwurf über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten (40 Millionen Mark) angenommen. Das Gesetz über Erweiterung und Einschränkung des Fischereiwesens in Ostpreußen wird dem Ausschuss überwiesen.

Angenommen wird der Gesetzentwurf über Niederschlagung von Untersuchungen. Gerichtlich eingeleitete Untersuchungen, die infolge des Krieges seit längerer Zeit ruhen, werden im Wege der Gnade niedergeschlagen. Die Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) und Bräuner (Soz.) haben eine allgemeine Amnestie verlangt.

Es folgt die Beratung des Antrags Dergt (Dnat.) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Bearbeitung der

### Beamtenbesoldungsfrage.

Finanzminister Dr. Südekum:

Nach dem Vorgehen des Reiches mit der Erhöhung der Besoldungszulagen der Beamten um 150 Proz. erbittet die preussische Regierung ihre Genehmigung für die gleichen Maßnahmen. Die Beamtenbesoldungsreform wird erst am 1. April in Kraft treten können. Die außerordentliche Teuerung der letzten Zeit hat uns überzeugt, daß die Erhöhung der Besoldungszulagen nicht zu vermeiden war. Wir sind nicht zu einer Gründung unseres Wirtschaftslages kommen, können auch die höchsten Gehälter die wir unteres Volk nicht lindern. Wir müssen härter produzieren. Wir müssen endlich heraus aus dieser Welt des Scheiterns und der Schiene. (Lobhafter Beifall.) Kein Reich kann und die Arbeitslosigkeit, das Hirn und die Kräfte unserer Bevölkerung nehmen. Wenn diese Kräfte nicht voll ausgenutzt werden, dann wird Deutschland, was heute Wien ist, eine Stätte des Elends, der Vergeßung, des grauenhaften Hungers. (Lobhafter Beifall.)

Abg. Müller-Hannover (Soz.): In Beamtenfragen soll man nicht viel reden, sondern handeln.

Finanzminister Dr. Südekum: Die Schrift „Ueber Besoldungsfragen“ ist das Ergebnis eines Vertrauensbruchs. Es muß den Beamten dringend geraten werden, die Rücksicht auf das Staatsinteresse nicht außer acht zu lassen, sonst machen sie die gegenwärtige sehr entgegenkommende Verhandlungsform unmöglich. (Beifall.)

Der Antrag des Finanzministers auf Zustimmung zur Zahlung erhöhter Teuerungszulagen wird einstimmig angenommen; ferner bildet das Haus einen Ausschuss von 27 Mitgliedern zur Bearbeitung der Beamtenbesoldungsfragen, dem sofort eine Anzahl Anträge über Beamtenbesoldung zugewiesen werden.

Es folgt die Beratung der förmlichen Anfrage des Abg. Held (D. Sp.) über die

### Beschaffung von Stickstoff und Kali

in Verbindung mit dem Antrage von Ranig (Dnat.) über die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen, dem Antrag Herald (Z.) über die Erzeugerhöchstpreise für Getreide, Kartoffeln und Südkrüden und die Beschaffung von Sulfatstickstoff und dem Antrag von Ressel (Dnat.) um Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Untersuchungsekretär Kamm: Die Regierung wird dafür sorgen, daß die Düngemittelindustrie vorzugsweise mit Kohle und Strom beliefert wird.

abgelehnt. (Beifall. — Spätrufe bei den Unabhängigen. — Gr. Heiterkeit bei den anderen Parteien.)  
Schluß 8 Uhr.

### Stadtverordnetenversammlung.

Drei dringliche Anträge. — Das Siedlungsamt. — Heftige Debatte über neue Rektorstellen.

Vorsitzer Heilmann macht Mitteilung vom Eingang dreier dringlicher Anträge: 1. Barowski (Soz.) auf unversüßliche Beratung in gemischter Deputation über die Eingemeindung vorbereitenden Maßregeln; 2. Cassel (Dem.) auf unversüßliche Vorlegung des Plans der Wahlkreisinteilung und Verteilung der Stadtverordnetenstellen einschließlich des Wahlbezirks Berlin; 3. Wehl (U. Soz.) auf die Aufhebung des über Berlin verhängten Ausnahmezustandes und der gegen Berliner Zeitungen ausgesprochenen Verbote bei den zuständigen Behörden hinwegzuweisen. Der Dringlichkeit des zweiten Antrags widerspricht Koch (Dg. Sp.); der Antrag kann also erst in der nächsten Sitzung verhandelt werden. Zum zweiten Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung wird Rubell (U. Soz.) mit 60 von 72 gültigen Stimmen gewählt; 38 Stimmabstimmungen, einer lautet auf Frau Diez (Heilerkeit.) Zum Vizepräsidenten für Brunns (Soz.) wird Ewald (Soz.) durch Zufall gewählt.

Der Beitritt der Stadt Berlin zur Reichs-Schulverbandsorganisation „G. m. b. H.“ mit einer Einlage von 1000 M. wird beschlossen.

Von den beiden sozialdemokratischen Parteien ist am 28. Dezember 1918 beantragt, den Magistrat zu ersuchen, ein städtisches „Kleingarten- und Siedlungsamt“ zu errichten.

Stadtr. Ritter (Soz.): Das von der Nationalversammlung am 31. Juli 1918 verabschiedete Kleingartengesetz ist für die Berliner Laubengärten von eminenter Bedeutung. In Zukunft wird das Laubengelände, das die kleinen Leute für den Sommer benötigen, den berechtigten Generalpächtern aus der Hand genommen; in Zukunft darf Laubengärten nur durch öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Kommunen oder durch gemeinnützige Genossenschaften verpachtet werden. Nach unserer Auffassung sind die Gemeindeväter nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, sich um diese Dinge mehr als bisher zu kümmern. Auch Berlin kann auf seinem Gelände zukünftig

Generalpächter als Zwischenpersonen nicht mehr zulassen.

Die Stadt sollte die ganze Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. Daher unser Antrag. Es mag in Berlin wohl 60 000 Laubengärten geben, wovon 36 000 der Vereinigung der Laubengärtner angehören. Das städtische Kleingartenamt hätte zunächst festzustellen, wieviel geeignete Gelände vorhanden ist; es hätte Vorschriften zu erlassen, welche das Kleingartenwesen aus dem Rahmen des Sports und der Spielerei herausheben und die Einrichtung so gestalten, daß die Bevölkerung und das Gemeinwohl praktisch Nutzen davon haben. 400-600 Quadratmeter müßten dem Kleingärtner überlassen werden. Alles unbesetzte Gelände, auch in staatlichem und privatem Eigentum, müßte für Laubengärten in Benutzung genommen werden können. Das Amt soll aber nicht eine bürokratische Verwaltungsbehörde sein, sondern mit den Kleingärtnern eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Das Amt würde auch gegen den abstoßlichen Wucher einschreiten haben, der sich bei Verkauf und Verpachtung von Kleingärten breitgemacht hat. Ein „Siedlungsamt“ müßte sich insofern, als diese Institution den Laubengärten von Arbeitern, die aus Berlin hinausstreben sich anzusehen müßten, aber von der praktischen Landwirtschaft gar nicht verstanden, Anschauungsunterricht auf den städtischen Gütern vermitteln soll. Ebenso sollten die städtischen Gärtnereien den Kleingärtnern an die Hand gehen. Kurzzeit müssen diese den Privatsgärtnern auch für billigen Wuchererproble gelassen.

Nachdem auch Müller (U. Soz.) sich für den Antrag vermeldet und u. a. erwähnt hat, daß den Großpächtern 60-80 Prozent des Pachtgeldes zugewiesen sind, stellt sich Stadtr. Cassel (Dem.) dem Antrag ebenfalls sympathisch gegenüber, hält aber die Einrichtung eines neuen Amtes für überflüssig und beantragt Ausschussberatung. — Stadtr. Hingel (U. Soz.) hebt als Leiter der Grundbesitzdeputation hervor, daß von dieser die stärksten Wünsche am besten erfüllt werden. Bei der Vergebung städtischer Gelände sei das Unternehmertum ausgeschaltet.

Der Antrag geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Der Antrag der U. Soz. den Magistrat zu ersuchen, daß diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, die im Auftrage der Berliner Freireligiösen Gemeinde als Erzieher für den Religionsunterricht in Gemeindefamilien- und Lebenskunde erteilen, um die Zahl dieser Stunden in ihren Arbeitsstunden ermäßigt werden, gelangt zur Annahme.

Eine längere, zum Teil erregte Aussprache zeitigt das Ersuchen des Magistrats an die Versammlung, die Zustimmung zur Besetzung der bisher freigebliebenen 8 Rektorstellen zum 1. April 1920 zu geben. Stadtr. Koch (Dg. Sp.) beantragt eine Erweiterung dahin, daß auch freierwerbende Stellen besetzt werden sollen; von den U. Soz. ist beantragt, zunächst beim Unterrichtsministerium in der Frage zu intervenieren. Stadtr. Goh (U. Soz.) empfiehlt diesen ausstehenden Antrag, während Stadtschulrat Fischer auf die Aufforderung des Provinzial-Schulinspektors bemerkt, diese Stellen bis zum 15. Januar zu besetzen, widrigenfalls die Aufsichtsbehörde selbst zur Besetzung schreiten würde. Rektor Kroll (Dg. Sp.) und später Dr. Samwerich (Z.) stellen mit Zustimmung und unter besterem Aussehen gegen den Stadtr. Hübner (Soz.) fest, daß der zugunsten der höchsten Schule am 28. Juni gefasste Beschlusseinstellung als ungeschicklich jetzt erwiesen sei; er sollte als geschicklich auch formell wieder aufgehoben werden. Stadtr. Bruns (Soz.) erklärt, für die Vorlage zu stimmen, wenn auch die demagogische Rede Kroll seinen Freunden die Zustimmung wehlich nicht leicht mache. — Im weiteren Verlauf der Erörterung tritt u. a. Stadtr. Hübner (Soz.) den Rednern der Minderheit entgegen; Stadtr. Cassel (Soz.) mit großer Erregung gegen dieselben an, die für die Besetzung der Beamten- und Lehrerstellen nicht Befähigung und Leistungen, sondern die Partei und die politische Meinung als maßgebend hinstellen, wie es auch Stadtr. Hübner verfaßt habe. Der Koch übertrumpft Cassel noch, indem er von einer „Schamlosigkeit“ sozialdemokratischer Bestrebungen auf dem Schulgebiete spricht. Stadtr. Rubell (U. Soz.): Ist nicht die Schule bisher immer ein politisches Werkzeug fast aller Parteien gewesen? Ist nicht auch die Fortschrittspartei das Berliner Schulwesen in ihre Vorherrschaft bringen wollen? (Stürmischer Widerspruch bei den Dem.) — Für die Behauptung, daß die Verammlung kein schamloses Mittel habe als Koch und daß auch seine Parteiagenten schamlos seien, wird Rubell vom Parteichef Dr. Wehl zweimal wegen übermäßiger Verlesung zur Ordnung gerufen. — Bei der Abstimmung kommt es abermals zu

heftigen Aufrufen, da das Bureau verabschiedlich einen Teil des Antrags Koch für angenommen erklärt und nachher bei der Abstimmung des Antrags auf den ererbten Widerspruch von Koch steht. Schließlich wird der Magistratsantrag angenommen.

Der Antrag der U. Soz. betreffend die Sicherstellung der Lebensmittelförderung Berlins wird für heute abgesetzt und soll in einer Erörterung am Sonnabend verhandelt werden.

Der Habernahme der Heilmannschen Bibliothek und Beschlüsse auf die Stadt wird zugestimmt und Herr Hugo Heilmann der besondere Dank der Versammlung ausgesprochen. — Für die Volkshochschule Groß-Berlin wird ein Beitrag von 27 750 M. bewilligt.

